



Graz: Pro Woche 1.100 m² zubetoniert

KPÖ FORDERT RETTUNG DER GRÜNFLÄCHEN

Seite 4 und 5



Seit 2012 erfüllt die Grazer KPÖ mit der Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ regelmäßig Bankerlwünsche aus der Grazer Bevölkerung. Vor wenigen Tagen wurden zwei Bankerl in der Wiener Straße auf Höhe Leuzenhofgasse aufgestellt. Mehr Plätze zum Verweilen – das Angebot wird von den Grazerinnen und Grazern gerne angenommen.



ZITIERT

„Alle haben gewusst, dass globale Pandemien möglich sind, aber die Leute, die das Geld haben, sagten: Damit kann man nichts verdienen.“

Josef Penninger, Genetiker, Kleine Zeitung, 26.7.2020.

„Eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, wird es in der EU kaum geben.“ Martin Sonneborn, EU-Abgeordneter (Die Partei), Berliner Zeitung, 10.8.2020.

„Es waren die Grünen, die mit Nagl die Holding-Reform 2010 durchgezogen und damals gleich Oppositionsparteien aus dem Aufsichtsrat geschmissen haben.“ Bernd Hecke, Kleine Zeitung, 11.8.2020.

Es ist „an der Zeit, dass der auf Profit ausgelegten Wirtschaft Sektoren entzogen werden, um die Gesellschaft neu zu organisieren nach den Maßstäben von Solidarität, Gerechtigkeit, Schutz und Achtung des menschlichen Lebens und der ganzen Natur.“ isw, 8.8.2020.

„Was ist links? Für mich vor allem, sich für die Beschäftigten und sozial Benachteiligten, also für die untere Mittelschicht und die Ärmern, einzusetzen. Die Menschen, die nie die Chance hatten zu studieren, die nicht mal eben auch in Lissabon oder London arbeiten können.“ Saha Wagenknecht, Super Illu, 23.7.2020.

KLEIN, aber MIT BISS



Es ist traurig, dass es bei uns mehr Arbeitslose als Herbstzeitlose* gibt.

*Colchicum autumnale

Sozialunterstützung: Neues Gesetz bringt erneut Einmalige Nothilfe ges

2021 wird die neue „Sozialunterstützung“ in der Steiermark die Mindestsicherung ablösen. Die Umstellung bedeutet weitere Verschlechterungen für die Bezieherinnen und Bezieher. Außerdem soll die einmalige finanzielle Hilfestellung für Personen, die in eine Notlage geraten sind, gestrichen werden.

Nie hätte sie gedacht, dass sie im Alter einmal so dastehen würde, sagt Frau H.*. 73 Jahre ist sie alt, drei Kinder hat sie großgezogen. Frau H. leidet an einer Unterfunktion der Schilddrüse. Für die Untersuchung muss sie ein Arzthonorar von 194 Euro bezahlen, Geld, das sie nicht übrig hat. Frau H. hat eine Krebserkrankung überstanden, leidet an Osteoporose, hört sehr schlecht, sieht fast nichts mehr.

Niedrige Pensionen, Krankheit, Schicksalsschläge

Jetzt will sie eine Patientenverfügung hinterlegen. Auch das kostet: 130 Euro. Das erzählt Frau H. in der Sprechstunde bei KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Ihre Eigenpension beträgt 930 Euro. Doch allein fürs Wohnen muss Frau H. 538 Euro im Monat bezahlen. Dazu kommen noch Heizungs- und Stromkosten von rund 100 Euro. Elke Kahr hilft mit einem Betrag aus, damit Frau H. die außerordentlichen Aufwendungen stemmen kann.

Niedrige Pensionen, Schicksalsschläge, Erkrankungen, Arbeitslosigkeit sind einige der Gründe, warum Menschen in eine wirtschaftliche Notlage geraten, aus der sie alleine oft nicht mehr herausfinden. Dazu kommen steigende Mieten und Wohnkosten.

„Viele der Leute, die zu mir kommen, brauchen rasche und unbürokratische Unterstützung, damit Schlimmeres, beispielsweise eine Delogierung, verhindert werden kann“, erklärt Elke Kahr. „Sie wünschen sich eine würdige Behandlung, jemanden, dem sie vertrauen können.“

Hilfe muss bleiben

Frau I.* arbeitet bei einem Postdienstleister. 915 Euro hat sie monatlich verdient. Aufgrund der Coronakrise wurde sie in Kurzarbeit geschickt, jetzt hat sie nur mehr 584 Euro im Monat, dazu die Wohnunterstützung. 420 Euro zahlt Frau I. für ihre 33 m² kleine Wohnung. Dazu kommen 80 Euro Stromkosten. Mittlerweile hat sich ein Mietrückstand angehäuft. Entspannen wird sich ihre Situation erst nach Beendigung der Kurzarbeit.

Bisher konnten Betroffene wie Frau I. eine einmalige Hilfe zur Verhinderung der Delogierung bekommen. Diese finanzielle Unterstützung in besonderen Lebenslagen diente z.B. für die Begleichung von Heizkosten oder den Ankauf von Elektrogeräten. Die Kosten wurden zwischen Land und Stadt aufgeteilt. Mit der Gesetzesänderung wird diese Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe ab Jänner gestrichen werden.

Rasch und unbürokratisch

Nach der Scheidung hat Frau K.* mit ihrem 7jährigen Sohn eine Gemeindewohnung bekommen. Die Kosten hierfür waren sehr hoch: 2.770 Euro hat der Baukostenbeitrag ausgemacht, 3.500 Euro Möbelablöse. Die Miete für die neue 73-m²-Wohnung kostet 618 Euro incl. Heizung. Wie viel Alimente sie bekommen wird, ist noch nicht geklärt. Ihr monatliches Einkommen beträgt 1.488 Euro. Bald beginnt die Schule, und das Konto ist bereits überzogen. Elke Kahr rät Frau K., sich an den „Graz-Hilft“-Fonds zu wenden. Der „Graz-Hilft“-Fonds wurde von der Stadt Graz mit



Bald beginnt die Schule. Nach einem Jahr voller Zumutungen wünschen wir allen Kindern und Eltern, dass das neue Schuljahr viele schöne Erlebnisse bringt.

dem Ziel eingerichtet, Härtefälle abzuwenden. „Das ist ein wichtiger Schritt. Aber die Abwicklung dauert zu lange. Der Fonds muss rascher agieren können“, fordert Kahr.

Keine Wohnunterstützung mehr, weniger Geld für Paare

Immer wieder sind es die hohen Wohn- und Betriebskosten, die dazu führen, dass Grazerinnen und Grazer in eine Notlage kommen. Trotzdem soll Bezieher der Mindestsicherung (künftig heißt sie Sozialunterstützung) ab Jänner die Wohnunterstützung gestrichen werden. Weitere Verschlechterungen betreffen Paare und Familien mit mehreren minderjährigen Kindern. Sie werden künftig weniger Sozialunterstützung bekommen, als sie bisher Mindestsicherung bezogen haben.

Information ist wichtig

In ihren Sprechstunden versucht Elke Kahr, den Betroffenen auch mit Informationen zu helfen. Sie macht Menschen mit niedrigen Bezügen auf die Möglichkeit von Befreiungen und

t Verschlechterungen strichen



Vergünstigungen aufmerksam. Sie telefoniert mit Hausverwaltungen und Energielieferanten, sie klärt über bestehende Regelungen auf und hilft im Notfall auch mit dem eigenen Geld.

„Man sollte keine Scheu haben und nicht zu lange zuwarten, bevor man Hilfe in Anspruch nimmt. Ein Schicksalsschlag kann jeden treffen“, sagt Elke Kahr. Ihr Tipp: „Wenn sich aufgrund besonderer Lebensumstände ein ernsthaftes Problem ergibt, kann man sich an die jeweilige Sprengelsozialarbeiterin wenden. Wer das ist, erfährt man im Sozialamt beim Beratungsdienst unter der Grazer Nummer 0316/872 64 33.“

In vielen Fällen ist es möglich, den Menschen mit guten Informationen, kleinen Beiträgen und unbürokratischen Abläufen so zu helfen, dass sie ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen können.

Notwendig ist aber, mit aller Vehemenz gegen weitere Verschlechterungen im Sozialsystem aufzutreten. Dafür wird sich die KPÖ einsetzen,

**Mieternotruf
717108**

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

**Auf keinen Menschen
vergessen!**

Elke Kahr. **KPÖ**

Zweierlei Maß

„Ich bekomme eh so viel“, sagen viele. Sie genießen sich bei einem Monatsbezug von knapp 1.000 Euro dafür, wenn sie mit dem Geld nicht über die Runden kommen.

Im Durchschnitt hat die Stadt Graz zuletzt 160 Menschen pro Jahr Hilfe in besonderen Lebenslagen aus der Sozialhilfe gewährt. Dabei sind Kosten in Höhe von insgesamt rund 60.000 Euro entstanden. Diese Unterstützung wird mit Jänner 2021 abgeschafft.

... das andere Maß

Zwei statt bisher einen Geschäftsführer soll es nach einem Beschluss der ÖVP/FPÖ-Rathauskoalition bei den Tochtergesellschaften der Stadt Graz geben (siehe auch S 12). Allein bei der Messe Graz kassieren die beiden Geschäftsführer zusammen 392.000 Euro im Jahr (196.000 Euro brutto pro Nase).

MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Freunderlwirtschaft

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!



Was ist das Kennzeichen einer erfolgreichen politischen Arbeit? Sicher nicht die Tatsache, dass jemand seine politischen Freunde in Spitzenpositionen beim stadtnahen Bereich unterbringt und ihnen sehr hohe Gehälter genehmigt.

Es geht darum, die Bedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern. Die Umstände der Krise machen das tägliche Leben für immer mehr Menschen in unserer Stadt immer schwerer. Das zeigen wir in diesem Stadtblatt auf. Für diese Menschen müssen wir da sein.

Das Parteibuch darf bei unserer Arbeit keine Rolle spielen. Und das geht nicht ohne eine gute Zusammenarbeit mit den Beschäftigten in den Ämtern und im ganzen Haus Graz: Es sind die Menschen, die nicht im Rampenlicht stehen, es sind in meinem Verantwortungsbereich die Buslenkerinnen und Straßenbahnfahrer, die Beschäftigten bei der Müllabfuhr und die Fachleute der Verkehrsplanung oder im Straßenamt, die das tägliche Leben in der Stadt aufrechterhalten. Sie bereiten wichtige Veränderungen vor und setzen sie um. Dabei sollten Parteifarben keine Rolle spielen.

Mein Kollege, Robert Krotzer und ich versuchen, uns daran zu halten. Wer die Zeitungsartikel über parteipolitische Ämtervergaben in unserer Stadt in den letzten Jahren verfolgt hat, wird feststellen, dass die KPÖ dabei nicht vorkommt. Das ist kein Zufall.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich unter Tel. 0316/ 872 2060
oder 0664 / 1209 700 • E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

AUS DEM INHALT

Bodenversiegelung – hoch wie noch nie.....	4/5
Tipps zum Thema Wohnen	6
Neues von der Mobilität	7-9
Seelische Gesundheit	10
Wie weiter in der Pflege	10-11
Vorstände verdoppelt.....	12
Aus den Bezirken	13-16
Unsichtbare Arbeitslosigkeit	17
Aus Stadt und Landtag	18-19
Spekulation um den Puchsteg	20
Wandern am Plabutsch.....	21
5G Alternative.....	24
Alles Leder	25
Veranstaltungen, Rätsel, Inserate, Impressum, Leserbrief.....	26-28

SO VERBAUT IST GRAZ: SEIT 2012 SIND 68 HEKTAR

Bauboom hält Graz

Schwere Folgen durch Verbauung

Das Verschwinden von unversiegelten Flächen hat negative ökologische Auswirkungen, die gerade im Sommer verstärkt zum Vorschein kommen: große Hitze in der Stadt durch fehlenden Schatten und starke Hitzeabstrahlung von Betonböden. Umgekehrt sorgen versiegelte Böden für immer stärker werdende Hochwassergefahr bei starken Regenfällen, da es unzureichend Möglichkeiten zur Versickerung gibt.

Erhalt von Alt-Grottenhof

2018 initiierte die KPÖ eine Volksbefragung, bei der sich 96,5% der Wetzelsdorfer für den Erhalt der Bioflächen aussprachen. „Sonst würde schon längst gebaut werden“, so Stadträtin **Elke Kahr**. Ohne Umwidmung können die Flächen nicht verbaut werden. Die nötige Mehrheit ist durch den öffentlichen Druck derzeit nicht vorhanden.

Teurer Park wird in Jakomini verbaut

Der Bezirk Jakomini zählt mit über 38.000 Einwohnern die meisten Menschen. Doch bei den Freizeitflächen ist er Graz-weites Schlusslicht. Dem nicht genug, wird bald der Styria-Park (8.815 m²) verbaut werden. Doch warum kommt es dazu?

Im Jahr 2006 verkaufte die Stadt den Fußballplatz des Grazer Sportklubs an den Styria-Konzern, der hier sein Headquarter errichtete. Vertraglich einigte man sich, dass die Hälfte der Fläche bis zum Jahr 2025 als Park zwischengenutzt wird. Dafür berappte die Stadt 105.780 Euro jährlich! 2019 hat die Styria nun den Vertrag einseitig gekündigt, um die Fläche zu verbauen.

Seit 2012 sind in Graz unglaubliche 68 Hektar an bisher unversiegeltem Boden verbaut worden. Eine Fläche, die umgerechnet dreimal so groß ist wie der Grazer Stadtpark. Es ist höchste Zeit für Maßnahmen, um den Flächenfraß zu bremsen.

Graz ist nach wie vor ein beliebtes Pflaster für Baufirmen und Immobilienhaie. Eine aktuelle Recherche unterstreicht den Bauboom in unserer Stadt. So kommen jede Woche über 1.100 m² an neuen Gebäudegrundflächen hinzu. Das Verschwinden von unversiegelten Flächen hat auch schwere ökologische Folgen (siehe links oben).

Fehlende Erholungsflächen

Die Grazer Bezirke, die von der Verbauung der letzten Jahre am stärksten betroffen waren, sind Gries (+10 Hektar an verbauten Flächen), Straßgang (+9,3 ha) und Lend (+7,9 ha). In anderen Bezirken hat man mit einem großen Schwund an Freizeitflächen zu kämpfen. Hier ist beispielsweise Eggenberg zu nennen. Hier sind in den letzten Jahren die Erholungsflächen um 7,5% auf 38,8 Hektar zurückgegangen. Wobei anzumerken ist: Mehr als die Hälfte der Freizeitflächen im Bezirk gehen auf das Konto des nicht kostenlos zugänglichen Gartens im Schloss Eggenberg, des Eggenberger Bades sowie des ASKÖ-Stadions.

Dass die Stadt die Sicherung von Grün- und Erholungsflächen in ausreichender Form verabsäumt hat – trotz eines Bevölke-



Das Gefühl trägt nicht. Neueste Zahlen zeigen die stetige Verbauung unserer Stadt.

rungsplus von 10 Prozent sind die Freizeitflächen am selben Niveau wie 2012 – wird in Jakomini (46 Prozent versiegelt) ersichtlich. Im einwohnerstärksten Bezirk stehen jedem Bewohner nur 2,66 m² an Freizeitflächen zur Verfügung – grazweit das absolute Schlusslicht. Die derzeitige Lage wird sich mit der Verbauung des Styria Parks gegenüber der Messe noch verschärfen (siehe links: „Teurer Park“).

Trend 2050

Die Zahlen sprechen für sich und zeichnen ein düsteres Zukunftsbild unserer Stadt. Bei gleichbleibendem Trend werden

bis zum Jahr 2050 zusätzliche Flächen im Ausmaß der Bezirke Innere Stadt und St. Leonhard, also rund 2,65 km², verbaut werden. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen ist es höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu setzen, um dem Flächenfraß in Graz Einhalt zu gebieten.

Daher fordert die KPÖ eine Versiegelungsabgabe von den Immobilienentwicklern sowie die verpflichtende Freihaltung bzw. Schaffung von Grünflächen bei Neubauten. Weitere Kleinmaßnahmen wie Pocketparks in unmittelbarer Wohnumgebung und zusätzliche Begrünungen sind nötig.



Fast die Hälfte der versiegelten Flächen geht auf das Konto von Gebäuden.

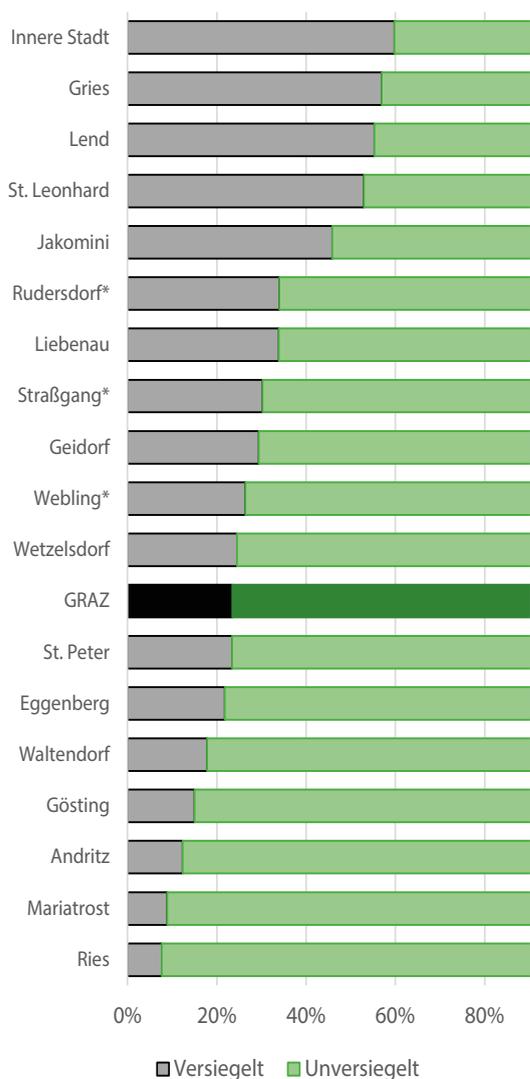
Veränderungen von 2012 bis 2019

STÄRKSTER VERSIEGELUNGSGRAD	MEISTE VERBAUUNG	NEUE BETRIEBSFLÄCHEN
1. Innere Stadt 60%	1. Gries 99.438 m ²	1. Lend 75.171 m ²
2. Gries 57%	2. Straßgang 93.119 m ²	2. St. Leonhard 40.553 m ²
3. Lend 55%	3. Lend 78.895 m ²	3. Geidorf 35.540 m ²
Graz 23%	Graz 677.012 m ²	Graz -27.390 m ²

VERSIEGELT WORDEN. DAS SIND 10 QUADRATMETER PRO STUNDE.

weiter fest im Griff!

Versiegelungsgrad nach Bezirken

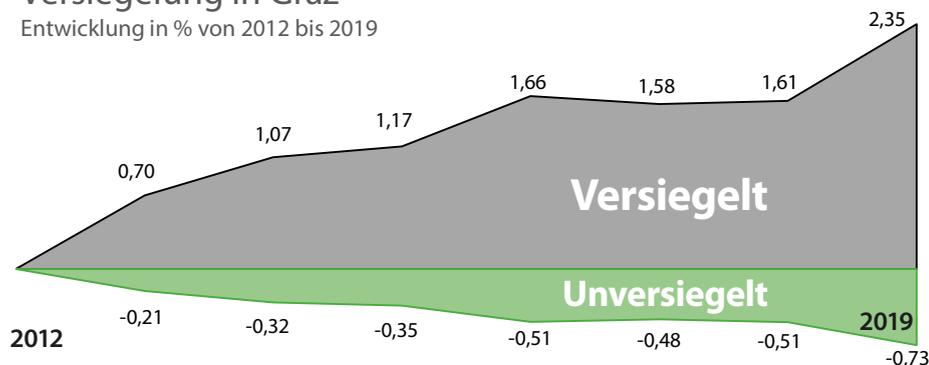


Bereits 23% des Grazer Bodens sind verbaut. Selbst Bezirke im Grüngürtel, wie Wetzelsdorf oder Straßgang, weisen bereits einen höheren Versiegelungsgrad als der Grazer Durchschnitt auf.

*Die Daten des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen werden nach Katastralgemeinden geführt. Deswegen lassen sich keine Rückschlüsse auf die politischen Bezirke Straßgang (Kat.-Gem. Straßgang und Webling) sowie Puntigam (Kat.-Gem. Rudersdorf und Straßgang) ziehen.

Versiegelung in Graz

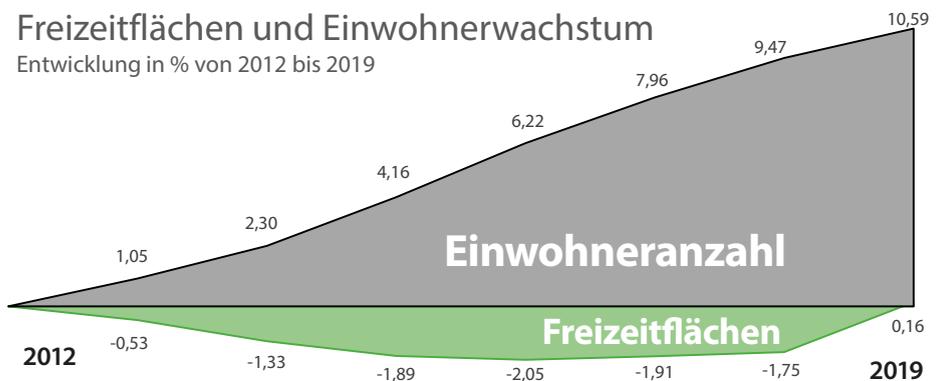
Entwicklung in % von 2012 bis 2019



Seit 2012 sind Flächen im dreifachen Ausmaßes des Stadtparks versiegelt worden. Umgerechnet: Jede Stunde werden in Graz 10 m² versiegelt. Bei diesem Trend werden bis 2050 zusätzlich 2,65 km² (Fläche von Innere Stadt und St. Leonhard) verbaut sein.

Freizeitflächen und Einwohnerwachstum

Entwicklung in % von 2012 bis 2019



Obwohl die Grazer Bevölkerung seit 2012 um 10 Prozent gewachsen ist, hat es die Politik verabsäumt, genügend Flächen für Erholung, Sport und Gesundheit zu sichern.



Der Bauboom in Graz geht vor allem auf Kosten von Acker-, Wiesen- und Weideflächen. So ist seit 2012 ein Quadratkilometer (so groß wie der Bezirk Innere Stadt) an landwirtschaftlich genutzten Flächen zubetoniert worden. Ackerböden sind jedoch in zweifacher Hinsicht klimatisch relevant: Einerseits senken sie mit regional angebauten Lebensmitteln den CO₂-Verbrauch beim Transport. Andererseits filtert Humus Schadstoffe und schützt bei Starkregen vor Überschwemmungen.

Veränderungen von 2012 bis 2019

RÜCKGANG FREIZEITFLÄCHEN

- 1. Eggenberg -31.306 m²
- 2. Gösting -13.212 m²
- 3. Straßgang -7.340 m²
- Graz 5.246 m²

GERINGSTE FREIZEITFLÄCHEN

- 1. Jakomini 2,66 m²/Einwohner
- 2. St. Leonhard 4,29 m²/Einwohner
- 3. Lend 4,35 m²/Einwohner
- Graz 0 10,25 m²/Einwohner

SCHWUND VON ÄCKERN, WIESEN UND WEIDEN

- 1. Straßgang -24,9 ha
- 2. Gries -11,3 ha
- 3. Eggenberg -10,1 ha
- Graz -91,4 ha

Versiegelung zum Anklicken:

Wie viel wurde in den letzten Jahren in Ihrer Umgebung verbaut?

Mehr Informationen sowie weitere Statistiken finden sie unter: kpoe-graz.at/verbauung

„Freiwillig“ gekündigt

Jetzt steht die Familie ohne Hauptmietvertrag da

Achtung vor falschen Behauptungen von Vermieterseite. Niemand kann gezwungen werden, einen Hauptmietvertrag aufzugeben.

„Aus gegebenem Anlass erlauben wir uns, Sie darüber zu informieren, dass der Eigentümer sich entschlossen hat,

das *Zinshaus aufzugeben*.“ Mit diesen Worten beginnt ein Brief, der Ende des Vorjahres an die Mieterinnen und Mieter eines Wohnhauses in der Granatengasse übermittelt wurde.

Man unterbreite den Bewohnerinnen und Bewohnern ein einmaliges Angebot, das allerdings nur wenige Tage gültig sei: Würden sie der einvernehmlichen

Auflösung des Mietvertrages bis Ende 2020 zustimmen, würde ihnen die Vermieterin bis dahin den Hauptmietzins erlassen. Lediglich die Betriebskosten würden verrechnet. Bei der Suche von Ersatzunterkünften würde man selbstverständlich behilflich sein.

Frau Kratzer*), die seit sieben Jahren mit ihren – mittlerweile vier – Kindern eine schöne und für sie leistbare 4-Zimmer-Wohnung bewohnt, sah sich unter Zugzwang, obwohl sie einen unbefristeten Hauptmietvertrag für die 100-m²-Wohnung hatte, und unterschrieb. Die kurze Frist, die für die Zustimmung zu diesem „Angebot“ eingeräumt wurde, hat sicherlich zu dieser Entscheidung beigetragen und verhindert, dass Frau Kratzer eine fundierte Rechtsauskunft eingeholt hat.

Nach der Unterschriftsleistung hat sie von Vermieterseite aber nichts mehr gehört, geschweige denn, dass vom Bemühen, „adäquate Ersatzunterkünfte

anzubieten“, etwas zu bemerken gewesen wäre.

Hauptmiete: Ein starkes Recht

Was Frau Kratzer nicht wusste: Ein unbefristeter Hauptmietvertrag ist ein starkes Recht. „Niemand kann gegen seinen Willen gezwungen werden, eine Hauptmietwohnung aufzugeben. Durch die schriftliche Auflösung des Mietverhältnisses hat die Alleinerzieherin allerdings ihr Recht verwirkt“, sagt Stadträtin Elke Kahr. Zum Glück ist es mit Unterstützung von Elke Kahr schließlich doch noch gelungen, vor Jahresablauf eine entsprechende Ersatzwohnung für die Familie zu finden.

Unser Rat: Niemals voreilig unklare Vereinbarungen unterschreiben, sondern lieber erst nachfragen, etwa beim Mieternotruf der KPÖ unter der Telefonnummer 0316/71 71 08.

*Name von der Redaktion anonymisiert



Mietrecht: Haben Sie keine Scheu, um Rat zu fragen!



§§ RECHT GEFRAGT §§

Von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro von Stadträtin Elke Kahr,
Tel. 0316/ 872 2060



Endreinigung, Ausmalen, Quartalskündigung und Co.

Wenn Ihnen ein Autovermieter vorschreiben würde, den Wagen komplett gereinigt, serviciert und mit einem Satz neuer Reifen erst zum Quartalsende zurückzugeben, hätte er nicht nur sehr rasch Besuch von seiner Standesvertretung, sondern auch bald keine Kunden mehr. Anders läuft es bei Wohnungsmieten. Trotz eindeutiger Rechtslage versuchen manche Vermieter ihre Mieter bei Beendigung des Mietverhältnisses zu übervorteilen, indem sie z.B. Kosten für Dinge verrechnen, die der Mieter angeblich hätte erledigen müssen.

Beispiele:

- **Endreinigung:** Wenn die Wohnung normal gereinigt zurückgegeben wurde, darf der Vermieter solche Kosten nicht verrechnen.
- **Ausmalen:** Muss der Mieter grundsätzlich nur, wenn er die Wände selbst in einer unüblichen Farbe gestrichen hat.
- **Dichtungsfugen ersetzen, Bohrlöcher verspachteln:** Der Mieter ist dazu nicht verpflichtet, auch dann nicht, wenn es im Mietvertrag steht.
- **Ersatz für angebohrte Badezimmerfliesen:** Badezimmerfliesen dürfen etwa für die

Montage eines Spiegelschranks angebohrt werden, der Vermieter hat dies zu dulden.

- **Neuwertiger Ersatz für gebrauchte Gegenstände:** Wenn ein Gegenstand kaputt wird, der seine durchschnittliche Lebensdauer überschritten hat, ist er wertlos und muss nicht ersetzt werden. Der Mieter muss nur den Zeitwert, nicht den Neupreis ersetzen.
- Vereinbarung, dass nur zum Quartalsende gekündigt werden darf: Eine solche Vereinbarung ist bei befristeten Mietverträgen ungültig. Es darf im Bereich des Miet-

rechtsgesetzes nach Ablauf eines Jahres vom Mieter jederzeit mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Fragen zur Ihrer Betriebskostenabrechnung oder auch zu Ihrer Mietvorschreibung haben, stehen Ihnen das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus – Tel. 0316/872-2064 – oder die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, zur Verfügung.

Städtischer Lieferverkehr: CityHub und GrazLog

Am City Hub ist aller Laster Ende

Große Laster für kleine Lieferungen in der Fußgängerzone: Das ist ein alltägliches Problem im Stadtzentrum.

Weniger Luft- und Lärmemissionen: Das soll sich durch die neue City-Logistik bringen. Die Post hat dieser Tage einen Testbetrieb gestartet (siehe Foto rechts), bei zwei weiteren Projekten – City Hub und SoWas – ist die Verkehrsplanung mit dabei.

Der Pilotversuch der Post sieht die Umladung von Paketen, die aus dem Verteilzentrum Kalsdorf zu einem Container am Andreas-Hofer-Platz angeliefert werden, auf kleine E-Fahrzeuge vor, mit denen die Feinverteilung im Zentrum besorgt wird.

Das Projekt SoWas (Skalierbares, offenes Waren-Austausch-System) ist ein Schließfach-System, in dem die Pakete verschiedener Zustelldienste zusammengeführt und für die Kundinnen über Codes zur Abholung bereitgestellt werden. Eine erste



Anlage wird im Herbst im Bereich des TU-Campus Stremayrgasse in Betrieb gehen.

Für gewerbliche Nutzung ist GrazLog vorgesehen. Dabei soll zentrumsnahe ein Umschlagplatz (City Hub) geschaffen werden. Die Auslieferung soll von dort mittels E-Autos und Lastenrädern

erfolgen. Der Vorteil dieser Logistik ist unter anderem, dass die Anlieferung auch außerhalb der erlaubten Ladetätigkeit stattfinden kann. Der Start der Testphase ist für das kommende Frühjahr geplant.

„Eine Optimierung des Gütertransports auf der letzten

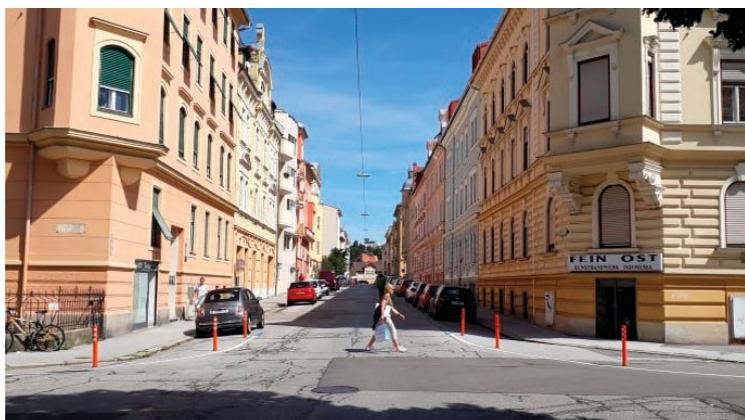
Meile ist für die Innenstadt und die Menschen, die hier leben, arbeiten und einkaufen ein großer Gewinn, und ich bin sicher, dass sich Unternehmen wie Private daran beteiligen werden“, ist Stadträtin Elke Kahr von der verkehrspolitischen Sinnhaftigkeit überzeugt.

FLEXITY oder AVENIO? Welche Tram wird es?



Eine neue Generation Straßenbahnen rollt an: Die Beschaffung von 15 neuen Garnituren inklusive Wartung und Option auf weitere Wagen soll im Oktober vom Gemeinderat beschlossen werden. Favoriten sind der „Flexity“ von Bombardier (links) und der „Avenio“ (rechts) von Siemens. Je ein Fahrzeug wurde im Grazer Netz unter Einbindung der Bürgerinitiative auf Herz und Nieren getestet. Die neuen Wagen sollen mit der Fertigstellung der Innenstadtentflechtung und der Umsetzung eines neuen Betriebskonzeptes Ende 2024 zur Verfügung stehen.

Gute Alternative zum „Zebra“



St. Leonhard. Dem Wunsch nach einem weiteren Zebrastreifen in der Krenngasse konnte zwar nicht entsprochen werden – die Anlage von Schutzwegen erfolgt nach bestimmten Kriterien –, das Straßenamt hat aber für die Kreuzung mit der Naglergasse eine gute Alternative gefunden: Durch „Ohrwaschln“ (Sperrflächen) im östlichen Kreuzungsbereich wurden vorgezogene, gut einsehbare Querungsstellen geschaffen, wofür sich die initiativen Eltern bedanken: „Es ist zwar kein Schutzweg, aber das Überqueren der Straße ist nun wesentlich übersichtlicher und sicherer möglich.“

GUSTmobil: Neue Haltepunkte

Das Sammeltaxi-System **GUSTmobil** deckt seit Oktober 2019 weiße Flecken im ÖV-Netz ab. Die Gebiete **Platte**, **Katzelbach/Wetzelsdorf** und **Hafnerstraße** haben mit über 200 Haltepunkten eine deutlich bessere Anbindung

an den städtischen öffentlichen Verkehr erhalten. Nun werden weitere Haltepunkte eingerichtet, Nähere Informationen zu **GUSTmobil** unter <https://istmobil.at/istmobil-regionen/gustmobil-graz/>.

Lend: Vier Schutzwege verbessert



Lend. Vier Schutzwege sind im Bezirk Lend sicherheitstechnisch verbessert worden: zwei in der Gabelsbergerstraße, je einer in der Kleiststraße und in der Mariengasse. Der Kostenaufwand dafür betrug rund 300.000 Euro. In der Gabelsbergerstraße wurden eine neue Beleuchtung und Gehsteigvorziehungen gemacht.

In der Mariengasse wurde neben der Haltestelle (Buslinie 53) eine Mittelinsel geschaffen und damit eine „Tempobremse“ eingebaut.

Radwege erweitert



Eine Radweglücke wird im Grazer Westen geschlossen: In der Alte-Post-Straße wurde zwischen Laudongasse und Ostwaldgasse ein gesicherter Zweirichtungs-Radweg angelegt. Wenn im Herbst 2021 im Zuge des Baus der Reininghaus-Tram die Kreuzung Eggenbergerstraße umgebaut wird, folgt das letzte Stück zur Ostwaldgasse, dann ist die Radverbindung von der Wetzelsdorferstraße bis zur Peter-Tunner-Gasse/Blümelstraße über rund zwei Kilometer komplett.



In der Conrad-von-Hötzendorfstraße wurde der Abschnitt zwischen Flurgasse und Jauerburggasse zu einem großzügig angelegten Geh- und Radweg ausgebaut. Die Verkehrsplanung hat hier auf einen jahrelangen Wunsch der Bevölkerung reagiert.

Radfahrtraining für Kinder

Als Unterstützung für jene Kinder, die aufgrund der besonderen Situation im alten Schuljahr die freiwillige Radfahrprüfung verpasst haben, gibt es jetzt in Graz ein Sonderprogramm:

kostenlose Kurse, begleitete Übungsmöglichkeiten, neue Lehrvideos und zusätzliche Prüfungstermine werden ab der letzten Ferienwoche angeboten. Die Anmeldung ist noch möglich!

www.radfahrtraining.at • www.radfahrtschule.at

Informationen und Hilfestellungen gerne auch unter 0316/872-2060, Büro Stadträtin Elke Kahr



Kostenloses Radtraining für ältere Menschen



Senioren üben auf dem E-Bike.

(Foto: Jürgen Pucher)

Körperliche Mobilität wird mit zunehmendem Alter ein immer wichtigerer Faktor für Gesundheit, Selbständigkeit und Lebensqualität. Deshalb haben KPÖ-Stadträtin Elke Kahr und die Verkehrsplanung für den Herbst ein kostenloses Mobilitätstraining für SeniorInnen (65 plus) gestartet.

Das 2019 erstmals durchgeführte Training für SeniorInnen war ein großer Erfolg. Das Fahrrad boomt, und gerade ältere Menschen überlegen sich immer häufiger, ein Elektrofahrrad zu kaufen. Das ist erfreulich, birgt aber bei nicht richtiger Handhabung (anspruchsvolle Technik, hohe Geschwindigkeit) auch gewisse Unfallrisiken in sich.

„Hier wollen wir unterstützen und unter professioneller Anleitung helfen, mehr Sicherheit auf dem Fahrrad zu gewinnen“, erklärt Stadträtin Elke Kahr.

Zwei Kurse, die jeweils an zwei Halbtagen stattfinden und

die mit jeweils 25 Teilnehmern begrenzt sind, können kostenlos gebucht werden.

Vor dem praktischen Training mit Fahrrädern geht es um richtige Bewegung und Koordination, aber auch um das Auffrischen von Verkehrsregeln, und um das Thema Rad und Technik.

Die beiden Kursleiter und Sportwissenschaftler, **Arne Öhlknecht** und **Jürgen Pucher** vom Verein für Familien- und Gesundheitsmanagement, haben die Module entwickelt und schon 2019 erfolgreich durchgeführt.

Kurs 1: Montag, 14.9. und Mittwoch, 16.9.2020 von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Kurs 2: Montag, 5.10. und Mittwoch, 7.10.2020 von 13.00 bis 18.00 Uhr.

Ort: ÖAMTC, Alte-Post-Straße 161, 8020 Graz, im 2. Stock.

Beim zweiten Kursteil besteht die Möglichkeit, Fahrräder oder E-Bikes auszuleihen. Bei der Anmeldung muss bekanntgegeben werden, ob man mit dem eigenen Rad trainieren will oder mit einem Leihrad.

Anmeldungen können in der Verkehrsplanung der Stadt Graz oder über das Büro Stadträtin Elke Kahr (0316/872-2060) erfolgen.



Lastenräder gehören heute zum Stadtbild, vom Umweltamt wurden schon rund 400 gefördert. Um diese umwelt- und stadtfreundliche Transport-Alternative zu bewerben, wurden nun mehrere sympathische Videoclips gedreht, unterstützt auch vom Verkehrsressort. Vor der Präsentation am 26. August gab es einen Lastenradcorso rund um den Schloßberg: Im Bild die KPÖ-Mandatare Elke Kahr, Christine Braunersreuther und Lubomir Surnev.

Übersicht Lastenradförderungen: <https://www.radlobby.at/>
Lastenräder zum Ausleihen: www.das-lastenrad.at

Tipps für Straßenfeste

Ratgeber erschienen

Sie wollen gemeinsam mit Freunden und Nachbarn ein Straßenfest organisieren, schrecken aber vor bürokratischen Hürden zurück? Um hier behilflich zu sein, hat Stadträtin Elke Kahr einen Folder aufgelegt, der die Vorbereitungen für die Veranstaltung eines Straßenfestes

erleichtern soll. Der Folder ist kostenlos im Büro der Stadträtin im Rathaus und in den Servicestellen der Stadt erhältlich.



Foto: Martin Zettel

22. September: Autofreier Tag

Seit elf Jahren veranstaltet die Abteilung für Verkehrsplanung das Mobilitätsfest und die „Tour de Graz“ am **Europaweiten Autofreien Tag am 22. September**. Heuer wird die Neutorgasse dem Fußgänger- und Radverkehr vorbehalten sein und zur Freiluftgalerie werden. **Zwischen Joanneumring und Landhausgasse** wird es eine Ausstellung mit historischen Ansichten der Neutorgasse und des Verkehrs von einst in diesem Straßenzug geben. Darüber hinaus gibt es eine Videowall für Filme, Bildmaterial und Informationen rund um das Thema Mobilität.

Dienstag, 22. September, ab 10:00 Uhr (ganztägig)

Kommen Sie vorbei und erfahren Sie mehr über die Verkehrsvorhaben der Stadt Graz!

TAGE DER SEELISCHEN GESUNDHEIT IN GRAZ



FOTO: STADT GRAZ/FISCHER, BEARB. HW

Ganz in Grün wird der Grazer Uhrturm erstrahlen, um darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig die psychische Gesundheit ist. Weithin sichtbar wird damit auf die Tage der seelischen Gesundheit hingewiesen, die vom 5. bis 10. Oktober stattfinden.

Denn als krank gilt immer noch, wer Fieber hat. Mit einem einfachen „Kopf hoch“ hingegen werden psychische Erkrankungen oft abgetan. Und obwohl immer mehr Menschen in Österreich darunter leiden, ist es immer noch tabu, darüber zu reden oder sich professionelle Hilfe zu holen. Das Gesundheitsamt plant gemeinsam mit unterschiedlichen Einrichtungen, die für

die seelische Gesundheit der Grazer und Grazinnen tätig sind, Aktionen und Sprechstunden. „Wir kommen dabei auch direkt in die Wohnviertel, um die Menschen über die vielfältigen Angebote zu informieren. Experten und Expertinnen werden Einblicke in unterschiedlichste Themenfelder und Möglichkeiten geben“, erklärt Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer**. Mit dabei sind das Stadtteilzentrum Triester, die Grätzelinitiative Margaretenbad, das SMZ Jakomini und die Gemeinschaftsräume in der ENW Waagner-Biro-Straße.

Nähere Informationen finden Sie demnächst unter: [graz.at/seelischegesundheit](https://www.graz.at/seelischegesundheit).

STREIFZUG: 10 SCHRITTE ZUM SEELISCHEN WOHLBEFINDEN

Im Rahmen eines Spaziergangs werden in der Grazer Altstadt von **Doris Klug** MSc und Mag.^a **Sigrid Bertha** zehn Schritte zum seelischen Wohlbefinden erläutert.

Montag, 21. September 2020, 09–11 Uhr

Treffpunkt: Südtirolerplatz vor dem Kunsthaus; Ende des Streifzugs ist Nähe des Griesplatzes (Granatengasse).

Freitag, 9. Oktober 2020, 16–18 Uhr

Treffpunkt: Freiheitsplatz bei der Statue. Ende des Streifzugs ist am Karmeliterplatz.

Kontakt für Rückfragen: GO-ON Regionalteam Graz:

Tel.: 0664 42 31 465. **E-Mail:** graz@suizidpraevention-stmk.at



Das Thema Pflege beschäftigt die Menschen wie kaum ein anderes. Das Grazer Stadtblatt bietet einen Überblick über vier Neuerungen:

1 Was gibt es Neues bei den Pflegeheim-Plätzen?

Mit einem neuartigen Angebot ließ die Stadt Graz während des Lockdowns aufhorchen. Auf [graz.at/pflegeheimplatz](https://www.graz.at/pflegeheimplatz) kann tagesaktuell abgefragt werden, ob und wo es freie Plätze in Heimen oder beim betreuten Wohnen gibt. Die übersichtliche Seite kann sowohl am PC als auch am Smartphone und am Tablet aufgerufen werden. „Bereits über 6.000 Mal wurde die Seite angeklickt“, freut sich Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Gerade beim Thema Pflege herrscht immer wieder viel Unsicherheit. Nicht nur für Betroffene und ihre Angehörigen sind während der Ausnahme-situation des Lockdowns und

danach große Herausforderungen entstanden. Schwierig hat sich auch die Versorgung von Patienten und Patientinnen gestaltet, die nach der Entlassung aus dem Krankenhaus eine stationäre Heimunterbringung gebraucht haben. So erleichtert die Datenbank auch Sozialarbeitern und dem Entlassungsmanagement der Spitäler die Arbeit.

„Selbst die Information, dass in einem bestimmten Heim kein Platz frei ist, ist wichtig, weil sie den Betroffenen viele Telefonate erspart“, betont Krotzer.

2 Wann fällt endlich der Regress bei mobiler Pflege?

Nach langem und zähem Ringen wurde 2018 der Vermögensregress bei der Pflege in Heimen abgeschafft. Bei der mobilen Pflege gibt es ihn jedoch noch immer.

Das schreckt viele Menschen ab, mobile Pflege in Anspruch zu



FOTO: SABINE VAN ERP, PIXAVBAY

nehmen. „Es kommt sogar vor, dass manche – nach Beratung – ihre Anträge auf Kostenübernahme der mobilen Pflege wieder zurückziehen“, weiß Krotzer. Die Konsequenz: Die pflege- und betreuungsbedürftige Person wird im für die öffentliche Hand deutlich teureren Pflegeheim untergebracht.

Dass die Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können, ist für die KPÖ beim Thema Pflege einer der wichtigsten Aspekte. Oftmals sind sie jedoch aus finanziellen Gründen gezwungen, in ein Heim zu gehen, weil sie sich das tägliche Leben nicht mehr leisten können, wenn sie mobile Pflege voll bezahlen müssen. „Deshalb muss auch der Regress für die mobile Pflege dringend abgeschafft werden“, so Krotzer.

Jetzt gäbe es mit der vorliegenden Novelle des Sozialunterstützungsgesetzes (SUG) die Möglichkeit, den Vermögensregress auch im Bereich der mobilen Pflege in der Steiermark abzu-

schaffen. Doch im vorliegenden Entwurf soll er beibehalten werden, schüttelt Krotzer den Kopf. „Es ist völlig unverständlich, dass ÖVP und SPÖ an dieser ungerechten und unsinnigen Regelung festhalten“, so Krotzer.

3 Dauerbrenner Pflegegeld: Gibt es hier Änderungen?

Eine wichtige Änderung beim Pflegegeld ist mit 1. August in Kraft getreten. Die Hilfe für Duschen und Baden wird seither um sechs Stunden höher bewertet als bisher. „Wer bei der letzten Einstufung eine Pflegestufe um eine oder maximal sechs Betreuungsstunden nicht erreicht hat, sollte einen neuerlichen Antrag stellen“, rät Krotzer. Dabei ist aber eine Frist einzuhalten: Zwischen dem Datum des letzten Bescheids und dem neuem Antrag müssen in Summe zumindest 15 Monate liegen, wenn es in der Zwischenzeit keine wesentliche

Verschlechterung des Gesundheitszustandes gegeben hat.

4 Kommt eine Corona-Prämie für alle Pflegebeschäftigten?

Die hervorragenden Leistungen der Beschäftigten in der Pflege wurden während des Shutdowns besonders sichtbar. Für diejenigen, die nach dem SWÖ-Kollektivvertrag beschäftigt sind, wurde bereits im März eine Prämie von bis zu 500 Euro vereinbart. Für Pfleger und Pflegerinnen im Stadt- oder Landesdienst waren keine Prämien vorgesehen. Diese Ungerechtigkeit macht die KPÖ in Stadt und Land zum Thema.

Einen Bonus für die Beschäftigten der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz (GGZ) lehnte Personalstadtrat und Vizebürgermeister **Mario Eustacchio** (FPÖ) in der Gemeinderatssitzung ab. Auf Nachfragen der Grazer KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs** entgegnete er, dass „eine derartige Prämie nicht vertretbar wäre“.

Dass ÖVP und FPÖ bei kleinen Angestellten knausern und gleichzeitig neue Managerposten aus den Hut zaubern, die jährlich mehr kosten als ein einmaliger Corona-Bonus, stieß vielen auf. Der Druck wurde schließlich zu groß und Eustacchio musste einlenken. In den GGZ wird es nun eine Corona-Zulage geben.

Auch die Landesregierung hat die Anregung der KPÖ der letzten Landtagssitzung aufgegriffen. Doch die Beschäftigten der KAGes werden bei der präsentierten Variante benachteiligt. Sie bekommen keine finanzielle Prämie, sondern ein bis zwei zusätzliche Urlaubstage, die sie bis zum Jahresende in Anspruch nehmen müssen, damit sie nicht verfallen.

„Rechnet man die 500 Euro steuerfreie Prämie auf Arbeitstage um, steigen viele Beschäftigte der KAGes weitaus schlechter aus“, kritisiert KPÖ-LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler** und fordert eine Wahlmöglichkeit zwischen der finanziellen Prämie und den zusätzlichen Urlaubstagen.

KLARTEXT



FOTO: KPÖ

Goldene Nase?

Das Rennen um einen Impfstoff gegen Corona ist voll entbrannt.

Die Pharma-Konzerne stehen in bitterer Konkurrenz zueinander. Jeder ist auf den maximalen Profit aus.

Obwohl die öffentliche Hand weltweit die Forschung mit Milliarden fördert, besteht die Gefahr, dass das Patent am Impfstoff jenem Konzern gehört, der dieses Rennen gewinnt.

Schon immer gestalteten die Multis ihre Preise so, dass sie möglichst fette Gewinne machen. Darum kosten einige Medikamente sehr viel Geld – und darum auch sehr viele Leben. Denn nur wer sie sich leisten kann, bekommt sie auch. Dieser Teufelskreis kann aber durchbrochen werden. Dazu braucht es den Willen und den Mut, mit der althergebrachten kapitalistischen Logik zu brechen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat einen Patent-Topf, eingerichtet, in dem Informationen über das Virus weltweit gesammelt und verfügbar gemacht werden. Darum müssen wir uns dafür stark machen, dass Arzneimittel, die mit öffentlichen Mitteln entwickelt wurden, verpflichtend in diesem Pool landen.

Unterstützen auch Sie diese Forderung: www.right2cure.eu/de

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 231

Tel.: 0316 – 872 2070

fb.com/robert.krotzer.graz

Sprechstunden:

Jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

Postenschacher und Jobs für Parteigänger. Sind zwei Häuptlinge besser als einer?

Die Personalpolitik im Grazer Rathaus wird immer mehr zum Postenschacher.

Schon in der Vergangenheit haben die jeweils regierenden Parteien versucht, ihre Parteigänger mit Jobs zu versorgen. Unter Bürgermeister Götz war die FP am Zug und auch die SP-Bürgermeister setzten „ihre Leute“ an wichtige Positionen. Doch die ÖVP hat es in der Frage der Postenbesetzungen zu einer wahren Meisterschaft gebracht. So hat die „Kleine Zeitung“ bereits 2018 eine Reihe einschlägiger Personalrochaden dokumentiert. Sie seien – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in Erinnerung gerufen:

Thomas Rajakovics: Vormalis

ÖVP-Gemeinderat und im Bürgermeisteramt beschäftigt. Er ist jetzt Leiter des Sportamtes.

Max Mazelle: War Referent im Bürgermeisteramt. Derzeit Leiter der Kommunikationsabteilung der Stadt Graz.

Bernhard Inninger: War Referent im Bürgermeisteramt. Jetzt Leiter des Stadtplanungsamtes.

Verena Ennemoser: Seinerzeit Büroleiterin von ÖVP-Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg. Jetzt Leiterin des Präsidialamtes der Stadt.

Michael Grossmann: Ex-SP-Stadtrat, unterstützte im Wahlkampf 2017 Bürgermeister Nagl, derzeit Leiter des Kulturamtes.

Klaus Frölich: ÖVP-Gemeinderat und Funktionär des ÖVP-Wirtschaftsbundes, gleichzeitig Obmann der Krankenfür-

sorgeanstalt der Stadt Graz (KFA). (Diese kleine Anstalt ist übrigens nicht von der Fusion der Krankenkassen betroffen).

Ausgliederungen sorgen für neue Posten

Die Ausgliederung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge (Haus Graz) hat für die Parteien neue Möglichkeiten geschaffen, um „ihre Leute“ zu versorgen.

Wolfgang Malik: Für den ÖAAB- und ÖVP-Funktionär war die Politik-Beratung der Steiermärkischen Landesregierung seit dem Jahr 1984 in Verkehrsfragen sicher kein Hindernis bei der Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden der Holding Graz (2000).

Günter Hirner: War im Büro Nagl beschäftigt, als dieser Finanzstadtrat war. Derzeit Vorstand der GBG (Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH).

Peter Stepanschitz: Der ehemalige Büroleiter von Bürgermeister Nagl ist jetzt in der Holding Graz für das Personal zuständig.

Bernd Schönegger: Ex-Geschäftsführer der Grazer ÖVP, bekannt wegen der Auseinandersetzung um illegale Parteienfinanzierung, wurde dritter Geschäftsführer bei der Firma Ankünder.

Ulfried Hainzl: Kurzzeitpräsident der Wirtschaftskammer Steiermark, wurde als zweiter Geschäftsführer der stadteigenen Firma Citycom versorgt.

Richtlinien? Doppelspitze!

Erleichtert wurden diese Personalentscheidungen durch die von Schwarz-Blau Ende 2017 beschlossene Aushöhlung der Objektivierungsrichtlinien der Stadt. Die KPÖ hat dagegen gestimmt.

Nach Bildung der ÖVP-FPÖ Rathauskoalition wurde Vizebürgermeister Eustacchio 2017 Personalverantwortlicher, der Einfluss der FPÖ auf die Personalpolitik blieb aber beschränkt.

Jetzt haben die Rathaus-

koalitionäre aber in die Trickkiste gegriffen. Um möglichst viele ihrer Günstlinge mit hoch dotierten Posten versorgen zu können, haben sie einen neuen Coup gelandet: Er heißt Doppelspitze.

So wurden vor dem Sommer einige einschlägige Personalentscheidungen getroffen:

Entscheidungen in der Krise

Bei den Freizeitbetrieben der Holding Graz wurde als zweiter Geschäftsführer der bisherige Büroleiter von FP-Vizebürgermeister Eustacchio, **Heinz Ple-schiutschnig**, installiert.

Bei der Grazer Messegesellschaft MCG wurde zuletzt neben dem bisherigen Messechef **Armin Egger** eine zweite Geschäftsführerin installiert, die bisherige Holding-Vorständin **Barbara Muhr**. Auf den Chefessel von Barbara Muhr bei der Holding soll, Gerüchten zufolge, der FPÖ-nahe **Mark Perz**, Geschäftsführer der ÖBB Produktion folgen, ein Wunsch-Mann von FP-Vizebürgermeister Mario Eustacchio.

Auch bei der ITG (Informationstechnik) gibt es seit kurzem zwei Geschäftsführer statt einem.

Die ÖVP/FPÖ-Koalition verdoppelt ihre Häuptlinge und versorgt ihre Parteigänger mit gut dotierten Posten. Es entsteht der Eindruck, dass Geld keine Rolle spielt.

Der Unmut und die Verunsicherung in der Bevölkerung wachsen. Viele Grazerinnen und Grazer sind verzweifelt auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder in Kurzarbeit. Sie müssen jeden Euro zweimal umdrehen. Darüber hinaus drohen Kürzungen bei Sozialleistungen (siehe Seiten 2-3).

Dass sich die Grazer Politspitze vor diesem Hintergrund jeden Luxus gönnt, darüber kann man nur mehr ungläubig den Kopf schütteln.



Die Holding ist das größte der Tochterunternehmen der Stadt Graz. Ihre drei Vorstände werden besser bezahlt als der Bürgermeister.

Überziehungszinsen: Wann kommt gesetzliche Obergrenze?

Wer sein Konto überzieht, wird zur Kasse gebeten: Bis zu 13% Überziehungszinsen verrechnen die österreichischen Banken. Zinsen auf Sparguthaben bewegen sich hingegen im Promillebereich.

Diese Praxis wurde selbst in den Monaten des coronabedingten Ausnahmezustandes beibehalten. Der Lockdown im März brachte über 500.000 Arbeitslose, fast 415.000 waren es Ende Juni, um 43 % mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Eine halbe Million Österreicher waren Corona-bedingt in Kurzarbeit. Hunderttausende stehen vor den Scherben ihrer bisherigen Existenz.

Kurzfristige Überbrückung wird zur Schuldenfalle!

Um den Lockdown-Opfern finanziell zu helfen, durften Wohnungen wegen Mietrückständen bis 30.6.2020 nicht gekündigt werden. Aber diese Bestimmung ist Ende Juni ausgelaufen. Mietrückstände müssen bis Jahresende bezahlt werden. Weitere Unterstützungen werden sukzessive zurückgenommen.

Viele sehen keine andere Möglichkeit, finanziellen Engpässen zu begegnen, als ihr Konto zu überziehen. Was sich im ersten Moment als einfache Lösung



Überziehungszinsen werden zur Schuldenfalle.

anbietet, ist eine Schuldenfalle: Aufgrund der hohen Zinssätze steigen die Bankschulden binnen kürzester Zeit ins Unermessliche.

Fünf Prozent sind genug!

„Überziehungszinsen sollten höchstens 5 % über dem Zentralbanksatz (Leitzins) liegen dürfen.“ So lautet eine Forderung der KPÖ, die wir in der Juli-Sitzung des Grazer Gemeinderates eingebracht haben. Die KPÖ beantragte, eine gesetzliche Obergrenze für Überziehungszinsen

einzuführen. Weiters sollen Kredit- und Überziehungszinsen bis zum Jahresende per Gesetz ausgesetzt werden. ÖVP und FPÖ haben gegen diesen KPÖ-Antrag gestimmt.

Mit 1. November läuft das gesetzliche Stundungsrecht für Kredite aus. Banken dürfen Überziehungen wieder fällig stellen. Die Zeit drängt! Es kann nicht sein, dass Banken sich auf Kosten jener bereichern, die in eine Notlage geraten sind.

EISERNE HOCHZEIT



65 Jahre ist das Ehepaar Ferstl verheiratet.

Namens der Stadt Graz gratulierte Stadträtin **Elke Kahr dem Ehepaar** zur Eisernen Hochzeit: „Sie beweisen im besten Sinne, wie man gemeinsam in guten wie in schweren Tagen zusammenstehen kann. Es hat mich gefreut, das Ehepaar Ferstl und die Großfamilie näher kennenzulernen. Sie sind ein Vorbild für gutes Zusammenleben.“

EINFACH SPAREN

Bio-Müllsackerl



Zur Entsorgung des Biomülls im Haushalt findet man im Supermarkt oft vermeintlich praktisch kompostierbare Bio-Müllsackerl, die einem das Gefühl geben, nachhaltig zu sein. Doch der Schein trügt: Diese Müllbeutel kosten nämlich nicht nur ein Vielfaches eines herkömmlichen Müllsackerls, sondern erzeugen auch mehr Arbeit für die lokale Biomüllentsorgung. Da Bio-Plastik in der Zeitspanne im Kompostierwerk nicht vollständig verrottet, muss dieses vor dem Kompostiervorgang aufwendig händisch und kostenintensiv wieder aussortiert werden und wird im Anschluss über den Restmüll entsorgt.

Eine etwas günstigere und wirksame Alternative stellen die Biomüll-Papiersackerl der Stadt Graz dar, die in allen Servicestellen der Stadt Graz und im Recyclingcenter der Holding Graz, Sturzgasse, um zwei Euro für 20 Stück zu erwerben sind. Ebenso wirksam und gänzlich kostenlos ist es, gar kein Sackerl zu verwenden, sondern einen kleinen Behälter, der regelmäßig geleert wird. Praktisch ist es, den Behälter mit etwas Zeitungspapier am Boden auszulegen. Dieses saugt die überschüssige Feuchtigkeit auf und verhindert, dass der Biomüll am Boden anklebt.

Gernot & Gabi
Für weitere Fragen:
0650/260 07 15

WEITERE TIM-STANDORTE

Am Eisernen Tor und am Griesplatz sind zwei weitere multimodale tim-Knoten geplant. Bis Ende Oktober sollen die neuen Standorte mit je zwei E- und konventionellen Autos sowie einem Mietwagen ausgestattet werden. Damit umfasst das von der Holding betriebene Carsharing-System dann elf multimodale Knoten und vier Carsharing-Standorte.

★★★

GEHSTEIG- LÜCKENSCHLUSS

Waltendorf. Eine Gehsteiglücke am Beginn der Waltendorfer Hauptstraße (Nr. 6) wird geschlossen: das Land hat die erforderlichen Abtretungen für die Errichtung des Gehsteigstücks plus die Verlängerung der Linksabbiegespur im August verhandelt, die bauliche Umsetzung ist für kommendes Jahr geplant. Damit ist dann auch die südseitige Anbindung der Bus-Haltestelle gegeben.



Haben Sie
Ideen
oder Anliegen
für Ihren Bezirk?

RUFEN SIE
UNS AN!

Heike Jantschner
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98

NEUE WOHNSTRASSEN



Foto Fischer/Stadt Graz

Andritz & Lend.

Die Nepomukgasse und ein Teil der Fröbelgasse sind die 19. und 20. Wohnstraße in Graz.

Wohnstraßen sind ein wichtiges Instrument der Verkehrsberuhigung. Am Fröbelpark hat die Wohnstraße auch die Funktion eines erweiterten Schulhofs.

Stadträtin **Elke Kahr** ist es ein Anliegen, weitere Wohnstraßen einzurichten und sie ist auch dahinter, dass bereits in die Jahre gekommene „aufgemöbelt“

werden, wie dies gerade in der Muchargasse gemeinsam mit dem Kinderbüro vorbereitet wird. So sollen das Durchfahren verhindert und das Tempo der Zu- und Abfahrer an die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit angepasst werden.

Mit der Polizei war in diesem Sommer eine Schwerpunktaktion vereinbart, um wieder mehr ins Bewusstsein zu rücken, was in Wohnstraßen erlaubt ist und was nicht.

★★★

NEUE MARKIERUNGEN

Eggenberg. Parkstrafen sorgten am steilen Gritzenweg für Verunsicherung bei Anwohnern, die seit Jahren ihr Auto auf der schmalen

Straße abstellen. Nun wurde per Verordnung und Markierung seitens der Behörde klargestellt, wo geparkt werden darf.



Die Kunststoffmarkierung wurde von der HoldingGraz Stadtraum aufgeflämmt. Herzlichen Dank an Markiermeister Leh und sein Team.

GEHSTEIG LAGERGASSE – PLATZ DER FREIWilligen SCHÜTZEN



Gries

Seit langem ist der Gehsteig in der Lagergasse ab der Zweiglasse in einem sehr desolaten Zustand gewesen. Mit der Neuerichtung des Gehsteigs und der Sanierung der Straße wird den Fußgängern und Radlern die Mobilität im Bezirk Gries erleichtert.

Platz der Freiwilligen Schützen

Am „Platz der Freiwilligen Schützen“ vor der Neuen Mittelschule Andrä in der Feuerbachgasse kann man nun an schulfreien Tagen parken, das gilt auch für die Ferien. Anrainer mit Ausnahmegenehmigung können ebenfalls ihr Auto abstellen. KPÖ-Bezirksrätin **Gerti Schloffer:** „Schön, dass es zu einer Lösung gekommen ist. Ich sage danke!“



★★★

„BÄDERBUSSE“ SIND GUT ANGEKOMMEN



Graz-Umgebung. Trotz durchwachsender Badesaison sind die Ferien-Shuttlebusse zum Schwarzlsee und zum Thalersee sehr gut angekommen. Auf den beiden Linien wurden mit zwei Reisebussen bzw. einem Elektrokleinbus

von Juli bis Mitte August insgesamt 8.200 Fahrgäste befördert. Stadträtin Elke Kahr hat das bis 13.9. gültige Gratis-Angebot für Grazerinnen und Grazer, die heuer im Sommer nahe Ziele wählten, unterstützt und mit ermöglicht.

JAKOMINIPLATZ: LOCHBLECH STATT BÄUME?



Innere Stadt. Die Ankündigung von **Bürgermeister Nagl**, einen Ideenwettbewerb für den Jakominiplatz auszuloben, wird vom KPÖ-Bezirksrat Innere Stadt mit einiger Skepsis aufgenommen. Schließlich haben KPÖ-Gemeinderäte **Christian Sikora** und **Elke Heinrichs** und auch die KPÖ-Bezirksräte **Alfred Strutzenberger** und **Heide Bekhit** seit 2013 gezählte acht (!) Anträge für die Umgestaltung des Jakominiplatzes eingebracht, und zwar mit sehr konkreten Vorschlägen. Heide Bekhit: „Da die am Jakominiplatz gepflanz-

ten Bäume immer wieder abgestorben sind, haben wir schon vor Jahren größere Baumscheiben und Rundbänke um die Bäume gefordert.“ Aber die KPÖ-Vorschläge wurden ignoriert, die Anträge zu meist nicht einmal beantwortet. Bekhit: „Mit dem Geld, das man am Tummelplatz versprüht hat, hätte man am Jakominiplatz erste sinnvolle Maßnahmen auf den Boden bringen können.“ Die Idee, statt der Bäume künstliche Schattenspendler wie Sonnensegel oder Lochblechwolken zu installieren, hält die Bezirksrätin für absurd.

★★★

LÄRM MACHT KRANK! BITTE UM RÜCKSICHT.

Straßgang. Immer mehr BewohnerInnen im Bezirk beklagen sich über zunehmenden Lärm in ihrem Lebensumfeld: Zusätzlich zum Straßenverkehr sind die Menschen vor allem in Siedlungen durch den Lärm bei der Entsorgung von Glas- und Metallverpackungen in ihrem Ruhebedürfnis gestört. KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser**: „Alle Anwohner haben ein Recht auf die festgelegten Ruhezeiten. Bitte in den angeführten

Zeiten lärmerzeugende Tätigkeiten vermeiden und keinesfalls Glasverpackungen entsorgen! Schließlich ist gegenseitige Rücksichtnahme die Basis für eine gute Nachbarschaft.“ Laut Grazer Immissionschutzverordnung (ISVO) sind folgende Ruhezeiten für lärmerzeugende Tätigkeiten zu beachten:
Mo bis Fr: 19-7 Uhr.
Sa 19-7 Uhr & 12-15 Uhr.
Sonn- und Feiertag: ganztägig.

LASTENRAD AM SCHILLERPLATZ



St. Leonhard. Auf Initiative des Bezirksrats kann man am TIM-Standort am Schillerplatz ab September ein Lastenrad ausleihen. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin **Daniela Katzensteiner**: „Für kleinere, alltägliche Besorgungen stellt das Lastenrad eine umweltfreundliche Alternative zum Auto dar. Das Lastenrad am Schillerplatz

ist eine gute Ergänzung zum TIM-Angebot.“ Das Lastenrad kann online über das TIM-System ausgeliehen werden. Mit einem Code, den man auf das Handy bekommt, kann man das Schloss entsperren. Wenn das Lastenrad am Schillerplatz gut angenommen wird, sollen auch andere TIM-Standorte mit Lastenrädern ausgestattet werden.

★★★

VERKEHRSINFARKT DROHT



Jakomini. Bewohner haben sich zusammengefunden, um einen Verkehrsinfarkt in dem ohnehin von Verkehr schwer belasteten Bezirk zu verhindern: Der geplante „Messequadrant“ auf dem Gelände des bisherigen Messeparkplatzes ist ein zehngeschoßiger Wohnblock mit 1.500 Parkplätzen. Im Rahmen der „Bürgerinitiative Lebenswerte Zukunft“ wurden über 200 Unterschriften gegen das Projekt in seiner aktuellen Version gesammelt und bei der Umwelt- und Raumordnungsplanung Steiermark übergeben. Auch die KPÖ

Jakomini unterstützte die Initiative und half beim Sammeln der Unterschriften. Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Lubomir Surnev**: „In den letzten Jahren wurde in unserem Bezirk besonders viel verbaut und Jakomini ist sowieso grazweites Schlusslicht bei Freizeitflächen. Wenn „auf Teufel komm raus“ gebaut wird und PKW-Stellplätze errichtet werden, wird es schwer, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Umso erfreulicher und unterstützenswerter ist es, wenn Anrainer in dieser Angelegenheit aktiv werden!“

PROJEKT „NORMAL X 4“

Waltendorf.

Der Bezirk Waltendorf ist einer von vier Grazer Stadtrandbezirken, in denen im Rahmen des Projekts „Normal x vier“ nicht nur erforscht wird, was den Bezirksbewohnern fehlt und was sie sich für ihren Bezirk wünschen, sondern auch konkrete Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Wenn Sie Ideen und Wünsche haben, schreiben Sie bitte an holub@transparadiso.com.

Alle Informationen zu diesem Projekt des Kulturjahres 2020/21 gibt es unter

www.missingthings.org

★★★

EIN STÜCK BARRIERE- FREIHEIT

Eggenberg. Ein kleiner Abschnitt in der Herbersteingasse ist Schotterstraße. Gerade dort wohnen viele Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind. Darauf hat Altbürgermeister Alfred Stingl hingewiesen. Stadträtin Elke Kahr hat sich um eine rasche Lösung bemüht. Noch heuer wird ein Asphaltstreifen aufgebracht.

★★★

NEUE DRUCK- KNOPFAMPEL

Andritz. Eine neue Druckknopfampel zur Verbesserung der Fußgänger- bzw. Schulwegsicherheit wird dieser Tage in der Rade-gunderstraße im Bereich Popelkaring in Betrieb genommen. Die Kosten von rund 70.000 Euro teilen sich Stadt und Land.



FÜR SIE
ERREICHT!

CORONAPRÄMIE FÜR PFLEGEPERSONAL KOMMT

Die KPÖ blieb hartnäckig und trotz anfänglichem Njet von FP-Vizebürgermeister Eustacchio kommt nun doch eine 500-Euro-Prämie.

„Gut, dass es anscheinend zu einem Umdenken gekommen ist und sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über die verdiente Corona-Zulage freuen dürfen“, ist KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** zufrieden.

Für die Beschäftigten der Sozialwirtschaft wurde bereits im April eine Sonderzahlung von bis zu 500 Euro im Kollektivvertrag vereinbart, der für das

Personal der GGZ aber nicht gültig ist. „Damit es für das städtische Pflegepersonal nicht nur bei einem medialen Applaus bleibt, habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung Vizebürgermeister Eustacchio die Frage gestellt, ob er bereit wäre,

Die Corona-Prämie ist mehr als verdient.

Elke Heinrichs
KPÖ-Gemeinderätin



den Angestellten eine einmalige Corona-Prämie in Höhe von 500 Euro auszubezahlen“, berichtet Heinrichs. Dieses Ansinnen hat der blaue Vizebürgermeister anfangs auch nach wiederholten Nachfragen mit den Worten, dass „eine derartige Prämie nicht vertretbar wäre“, strikt abgelehnt.

Doch die Gemeinderätin hat nach diesem unverständlichen Njet nicht locker gelassen. Über soziale Medien und Zeitungen hat die KPÖ den Druck soweit erhöht, dass Eustacchio letztlich einlenken musste.

Schneller zur Gemeindewohnung

In Graz kann nur jemand eine Gemeindewohnung anmieten, der seit durchgehend fünf Jahren in der Stadt wohnt oder insgesamt bereits 15 Jahre hier gewohnt hat. Diese Bestimmungen haben ÖVP und FPÖ 2017 beschlossen.

„Leider werden Menschen ausgeschlossen, die ihren Lebensmittelpunkt schon lange in Graz haben, nur weil sie vorübergehend anderswo gemeldet waren“, berichtet KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. Da der Europäische Gerichtshof eine vergleichbare Regelung in Deutschland außer Kraft gesetzt hat, forderte er auch in Graz ein Umdenken. Doch ÖVP und FPÖ stimmten im Gemeinderat trotz EuGH-Urteil dagegen.



Bauerbe und Grünraum in Gefahr

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Bebauungsplan Dietrichsteinplatz/Münzgrabenstraße/Kronesgasse behandelt. Die Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) brachte zahlreiche Einwendungen vor, sind doch einige Objekte in diesem Gebiet denkmalgeschützt, einige weitere jedenfalls erhaltenswert. Das Gebäude Schörgelgasse 6 wurde bereits abgebrochen, das Haus am Dietrichsteinplatz (Bild) ist massiv bedroht. „Ich finde einen solchen Umgang mit dem Urteil der ASVK ziemlich dreist. Wofür wird sie dann überhaupt gefragt?“, so

KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**.

Im Bebauungsplangebiet befinden sich auch einige kleine Grünoasen in Innenhöfen, die durch kommende Baumaßnahmen bedroht sind. Schon jetzt steht fest, dass nicht alle der als erhaltenswert eingestuft Bäume tatsächlich erhalten werden können.



Gegen die Stimmen der KPÖ wurde der Bebauungsplan von den anderen Parteien beschlossen.

Sportzentrum im Grazer Südwesten

KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** wünscht sich die Wiederbelebung des ehemaligen „Tennisstüberl“ (Grillweg/Harter Str.): „Das seit Jahren brachliegende Gelände wäre ein perfekter Ort für ein Sport- und Freizeitzentrum, das speziell den Bedürfnissen der Grazer Senioren gerecht wird.“ Er fragte bei Stadtrat Hohensinner um Unterstützung für dieses Projekt an.



Stipendien beibehalten

2014 wurde ein Stipendium zur finanziellen Unterstützung von Gedenkdienstleistenden durch die Stadt Graz ermöglicht. 2019 wurde dieses eingestellt. „Die Wichtigkeit der Bewusstseinsbildung und Aufklärungsarbeit durch intensive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und des Gedenkens an die Opfer steht für uns als Gesellschaft außer Frage“, ist KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** überzeugt. Sie fordert deshalb eine Fortsetzung des Stipendiums.



Eine Straße für Alfred Kolleritsch

Am 29. Mai ist **Alfred Kolleritsch** verstorben. „Die Stadt Graz soll für den anerkannten Autor, Herausgeber und Menschen Alfred Kolleritsch einen Erinnerungsort schaffen“, setzt sich Gemeinderat **Hans-Peter Meister** für die Benennung einer Straße nach dem verstorbenen Grazer ein.

„Als Mitbegründer und Präsident des Forum Stadtpark hat

Kolleritsch die Entwicklung der Grazer Kulturlandschaft mitgestaltet“, so Meister. Und weiter: „Das Eintreten gegen Deutschnationalismus und rechtsextreme Tendenzen war für ihn zeitlebens wichtig.“

Eine Möglichkeit wäre, **Ottokar Kernstock**, nach dem eine Straße im Bezirk Gries benannt ist, die Würdigung zu entziehen.

Menschen mit Behinderung nicht aussperren

„Schranken versperren leider Handbikern die Möglichkeit, ausgewiesene Bikestrecken zu benutzen. Die Sperren sind einerseits zu tief angebracht, als dass ein Handbiker unten durchfahren könnte, noch ist seitlich genügend Platz,

um sie zu umfahren“, weiß Gemeinderat **Christian Sikora**. Er fordert deshalb von den Verantwortlichen der Stadt Graz eine Lösung, damit Menschen mit Behinderung auch beliebte Ausflugsziele erreichen können.



AMS-SCHIKANEN

Immer mehr „unsichtbare“ Arbeitslose!

Als „Unsichtbare Arbeitslose“ werden Personen zwischen 15 und 64 Jahren bezeichnet, die weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet sind, aber grundsätzlich gerne arbeiten würden.

Von unsichtbarer Arbeitslosigkeit sind Menschen betroffen, die...

...eine Ausbildung machen bzw. noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben,

...Kinderbetreuungs- oder Pflegeaufgaben übernehmen, ...auf eine Rückkehr zum alten Arbeitsplatz hoffen oder bereits eine solche Zusage haben, ...kurz vor der Pension stehen.

Warum verzichten Menschen auf die ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung?

Mit der Meldung der Arbeitslosigkeit und dem Bezug des Arbeitslosengeldes gehen Verpflichtungen einher, die viele Menschen nicht erfüllen können. Auf laufende Ausbildungen oder fehlende Kinderbetreuung wird selten Rücksicht genommen. Stattdessen werden Arbeitssuchende dazu genötigt, sich für uninteressante und/oder schlecht bezahlte Jobs zu bewerben oder

müssen Schulungen zu bereits erlernten Themen absitzen. Bei Vorhandensein einer Unterkunft bei einem potentiellen Arbeitgeber kann sogar ein Umzug des Arbeitssuchenden – ohne Rücksicht auf das soziale Umfeld – in ein anderes Bundesland verlangt werden. Dass man sich selbst solchen Schikanen nicht aussetzen mag, liegt auf der Hand. Menschen, die nicht in das enge AMS-Korsett passen und es sich durch Ersparnisse oder einen Lebenspartner leisten können, verzichten daher häufig auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung, die ihnen durch die vorherige Einzahlung der Versicherungsbeiträge als Versicherungsleistung rechtmäßig zusteht, und scheinen damit nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auf.

76,5 % Steigerung in nur einem Jahr!

Im Fall der unsichtbaren Arbeitslosen kann angesichts der

GLB-KPÖ

Rufen Sie uns an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at>

massiv ansteigenden Zahl der Betroffenen nicht mehr von „Einzelschicksalen“ gesprochen werden.

Laut Statistik Austria lag die stille Arbeitsmarktreserve im Juni 2020 weit über dem Niveau des Vorjahres:

Juni 2019:

107.400 unsichtbare Arbeitslose

Juni 2020:

189.600 unsichtbare Arbeitslose

Die Zahl der unsichtbaren Arbeitslosen hat sich in Österreich innerhalb eines Jahres um 82.200 Personen erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 76,5 Prozent!

Im Juni 2020 schienen also mindestens 189.600 erwerbslose Personen, die gerne arbeiten würden, nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Diese Größenordnung ist jedoch durchaus relevant für die Betrachtung des gesamten Arbeitsmarktes.

Mehr Schikanen erhöhen nicht den Beschäftigungsgrad, sondern verschönern nur die Statistik. Die Betroffenen verlieren zudem ihre Krankenversicherung.

In Wahrheit geht es der Schwarz-Grünen Regierung darum, Leistungskürzungen auf dem Rücken der Beschäftigungslosen zu rechtfertigen. Den Applaus der staatstreuen Bürger holt man sich durch Verunglimpfung und das Schüren von Neid gegen die Erwerbslosen.

KOMMENTAR von GLB-KPÖ-
Arbeiterkammerrätin
Hilde Tragler



Wo bleibt der Mindestlohn?

Vor drei Jahren war es wieder einmal so weit. Die Sozialpartner verkündeten eine Einigung auf einen Mindestlohn in Höhe von 1500 Euro brutto. Bis zum Beginn 2020 sollte er umgesetzt sein.

Nun war das nicht die erste Mindestlohneinigung der Sozialpartner und sie war zustande gekommen, weil ein höherer gesetzlicher Mindestlohn drohte. Im Parlament lag bereits ein Antrag, der einen Mindestlohn von 1750 Euro forderte.

Und wieder zeigt sich, dass die „Einigung“ das Papier nicht wert war, auf dem sie geschrieben stand. Mit Stand Juni 2020 hatten etwa ein Drittel der Kollektivverträge, die von der ProGe verhandelt werden, einen Mindestlohn unter 1.500 Euro. Der schlechteste liegt bei 1.300 Euro brutto.

Und auch die aktuelle Krise hat gezeigt, wie schnell KV-Löhne und Gehälter gesenkt werden. Die Wirtschaftskammer wollte beim Laudamotion-Kollektivvertrag das Einstiegsgehalt auf 1000 Euro brutto senken. Geeinigt hat man sich schließlich auf 1.440 Euro, immer noch unter den vereinbarten 1.500 Euro.

Auf das Wort der Wirtschaftskammer zu vertrauen ist keine gute Strategie. Und natürlich sind die Löhne in den Bereichen niedrig, wo die Beschäftigten kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Es braucht daher eine Strategie, wie wir in allen Branchen zu einem Lohn kommen, von dem die Beschäftigten auch anständig leben können. Ein wertgesicherter gesetzlicher Mindestlohn wäre so eine Lösung.

Hilde Tragler ist
Mitglied im Präsidium der ProGe





Vielen Grazerinnen und Grazern hat der blaue Fisch mit unseren Sommergrüßen sehr gut gefallen. Er stammt vom Graffitikünstler Danijel Gregorič (36) aus Portorož in Slowenien und ist im Original in Piran zu sehen.

Malen ist sein Leben, wie Danijel sagt – und Fische sind sein Lieblingsmotiv. Seine Graffiti verschönern das Ortsbild in Städten wie Izola, Piran und Sežana in der Küstenregion, aber auch in Ljubljana und in Mestre.

Warum malt er Fische? „Weil ich am Meer lebe. Fische kennen keine Grenzen, sie kommen überall hin und sie sind ein Symbol für das slowenische Küstengebiet“. Der Lebenskünstler hat einen Wunsch für die Zukunft: Mehr zu arbeiten, damit mehr Menschen seine Bilder sehen können.

Der Rollator beflügelt

Seit einem Jahr schwört Frau Ursa auf ihren leichten Rollator, um in der Stadt mobil zu bleiben. Er kann zusammengeklappt leicht im Bus oder in der Straßenbahn mitgeführt werden. Auch eine Tasche ist mit an Bord. Und er kann überall als Sitzgelegenheit eingesetzt werden.

„Weg vom Rollator als Symbol für Behinderung“ – unter diesem Motto soll in Graz ein Rollator-Fanclub ins Leben gerufen werden. Denn der Rollator hält mobil, er beflügelt! Unter anderem sollen Unternehmen beraten werden, wie leichte und Selbstständigkeit vermittelnde G.E.F.Ä.H.R.T.E.N hergestellt werden können.

Wer mitmachen möchte, wird gebeten, sich bei Frau Ursa Falkenberg zu melden: Tel. 0699 / 11 555 422.



Warteliste lässt auf sich warten

Die Wartezeiten auf geplante Operationen sind in der Steiermark sehr lang. Seit Jahren wird für die öffentlichen Krankenhäuser eine transparente versprochen.

Auf einer öffentlichen Warteliste kann abgelesen werden, wie viele Patientinnen und Patienten in einem Spital auf die Operation warten und wie lange die Wartezeit im Durchschnitt beträgt. Seit über zehn Jahren verwendet die KAGES das leistungsfähige EDV-System openMEDOCS, mit dem eine Umsetzung technisch leicht möglich wäre.

Mehrmals forderte die KPÖ die Einrichtung einer solchen Warteliste. SPÖ und ÖVP wehren sich dagegen. In Wien gibt es eine solche transparente Lösung. „Durch die Verweigerung, eine offene Warteliste einzuführen, soll unter den Teppich gekehrt werden, wie lange Patientinnen und Patienten auf eine Behandlung warten müssen. Das würde nämlich den Plänen, 800 Betten einzusparen, jede Legitimation entziehen. In vielen Bereichen haben wir eine alarmierende Unterversorgung, keine Überversorgung“, kritisiert die KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Kindergärten. Was bringt der Herbst?

Kommentar von KPÖ Gemeinderat Horst Alic

Pädagoginnen, Be-
treuerinnen, Lei-
terinnen – alle Be-
diensteten in unseren
Kindergärten haben
von der Politik in den
vergangenen Monaten
viele schöne Worte be-
kommen, aber auch genauso
viele – teils widersprüchliche –
Anordnungen, letztendlich aber
wenig Unterstützung bei ihrer
Arbeit.

Arbeit, die für unsere Gesellschaft so wichtig ist, dass Wertschätzung in Worten zu wenig und tatsächliche Unterstützung das Mindeste ist, was die Politik hier zu leisten hätte. Es hilft nicht, Verordnungen herauszugeben mit der Vorschrift, dass Gruppen klein zu halten sind, wenn die Politik nicht bereit ist, das dafür erforderliche Personal und die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und auch zu bezahlen.

Unpraktikable Verordnun-



gen ohne jeden Bezug zur Realität helfen wenig.

Im Gegenteil: Sie setzen alle Beteiligten unter Druck, sowohl die Eltern als auch das Betreuungspersonal in den Kinderkrippen und

Kindergärten. Es wird ja nicht einmal ehrlich ausgesprochen, dass bei allen hygienischen Maßnahmen noch immer das Restrisiko einer Infektion bleibt und man das in Kauf nehmen muss als Elternteil, will man nicht in die völlige Isolation.

Während wir alle also noch immer Masken tragen, lässt das System diese immer mehr fallen. Die Bildungseinrichtung Kindergarten bleibt reine Aufbewahrungsstätte, wenn die Politik nicht für entsprechende Rahmenbedingungen sorgt.

Kleine Gruppen sind auch ohne Krise das Um und Auf für beste Betreuung unserer Kleinen.

Also schaffen wir gefälligst Plätze und die Rahmenbedingungen, damit die Wirklichkeit in den Kindergärten mit den schönen Worten mithalten kann und damit unsere Beschäftigten in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Ruhe arbeiten können,

meint Ihr Horst Alic



Babyklappe: KAGes verspricht Sichtschutz



Im Jänner legte eine Steirerin ihr Neugeborenes in der Tiefgarage des Grazer LKH ab, da die Babyklappe von drei Seiten gut einsehbar ist. Das Baby blieb zum Glück unversehrt.

Die KPÖ drängte im Landtag auf Umsetzung des Plans, die kleine Buchenhecke, die im Winter wenig Blätter trägt, durch eine immergrüne Hecke zu ersetzen. Landesrätin Bogner-Strauß sagte dies zu, bisher ist aber nichts

geschehen. Um hoch belasteten Frauen, die ihre Schwangerschaft verheimlichen, einen menschlichen Ausweg aus ihrer Notlage zu ermöglichen, gibt es seit 2001 die Möglichkeit der anonymen Geburt. Gleichzeitig wurde am LKH Graz die Babyklappe installiert, die seit 2001 achtmal in Anspruch genommen wurde.

Während das Weglegen eines Kindes in eine Babyklappe straffrei bleibt, steht das Aussetzen eines Kindes in Österreich unter Strafe.

Rätselhafte Kostensteigerung bei Grazer Krankenhaus

Am 7. Juli 2020 wurde bekannt, dass sich ein Zuschuss des Landes an ein Grazer Krankenhaus fast verdoppelt. Über den Grund hüllt sich die Landesregierung in Schweigen. Selbst auf konkrete Anfragen erhalten die Abgeordneten keine Auskunft.

Eine Vereinbarung zwischen Land Steiermark, Gesundheitsfonds und der „Krankenhaus der Elisabethinen GmbH“ sieht vor, dass ein 2018 vereinbarter Zuschuss des Landes von 24 Mio. Euro auf 46 Mio. Euro erhöht und somit fast verdoppelt wird. Erklärt wird das nebulos mit „Leistungs- und Kapazitätserweiterungen“, „Rochaden im Bestandsgebäude“ sowie der „Neustrukturierung des Versorgungsangebotes“. Jedoch wurde weder der Versorgungsauftrag 2025 geändert, noch die geplan-

te Bettenanzahl erhöht. Auch gibt es keine Veränderungen beim zweiten geplanten Standort des Krankenhausverbundes „Graz-Mitte“, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in der Marschallgasse, mit denen die Vorgänge erklärt werden können.

Als das Millionengeschäft in den frühen Morgenstunden des 8. Juli besprochen wurde, wurden die Fragen der KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler nur mit Stehsätzen aus dem Antragstext beantwortet. ÖVP und SPÖ lehnten den Antrag ab, die Hintergründe offenzulegen.



KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Lohnsteuer senken!



In den 80er-Jahren waren jede Woche Bilder von Protesten aus England in den Nachrichten zu sehen. Arbeiterinnen und Arbeiter versuchten zu verhindern, dass die Regierung Industriebetriebe und Bergwerke schließt oder privatisiert und das Gesundheitssystem aushungert. Leider mit wenig Erfolg. Erst als die Regierung eine Abgabe einführen wollte, bei der Arbeitslose genauso hoch besteuert werden wie Multimillionäre, wurde der Widerstand zu groß und die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher musste abdanken.

Der Maastricht-Vertrag, in dem die wichtigsten Regeln der Europäischen Union festgehalten sind, beruht auf jenen Überlegungen, denen auch die Thatcher-Regierung gefolgt ist: Der freie Markt wird schon alles regeln, öffentliches Eigentum ist unnötig und die Beschäftigten „ganz unten“ sollen möglichst geringe Löhne erhalten, damit „ganz oben“ die Profite wachsen.

Die Einkommen sinken, für Bildung, Gesundheit und

Umweltschutz ist immer zu wenig Geld da. Die Spaltung der Gesellschaft wird immer tiefer.

Durch die Corona- und die Klimakrise wird diese Politik immer stärker in Frage gestellt. Denn der „freie Markt“ kann keines der Probleme lösen. Aber auch mit Schuldenbergen finanzierte Rettungspakete bieten keinen dauerhaften Ausweg.

Was wir brauchen, ist eine Neuordnung der Arbeitswelt: Weniger Steuern auf Arbeit, höhere Steuern auf große Vermögen, auf Profite und auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Derzeit macht die Lohnsteuer den Großteil der staatlichen Einnahmen aus. Die arbeitenden Menschen zahlen fast alles, während Superreiche und Konzerne nur wenig beitragen. Arbeit und Wertschöpfung müssen gerecht verteilt werden. Sonst bleiben Mensch und Natur auf der Strecke.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten

TELEFONISCHE SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

- für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
- Ausfüllen von Formularen.
- Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
- Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

Causa Puchsteg: Spekulation um fünf Jahre

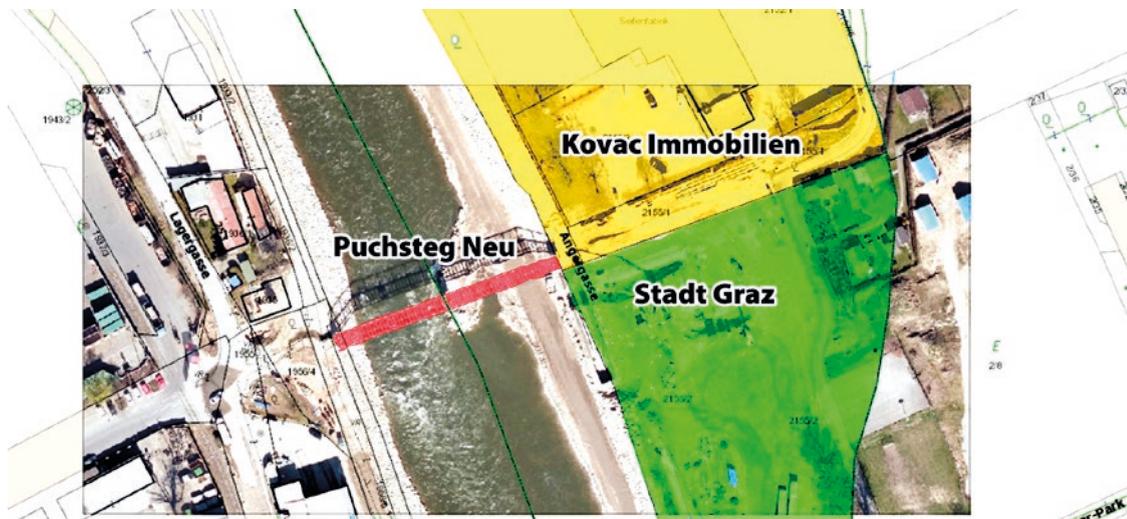
Ein befristeter Vertrag für die Nutzung des Puchstegs, ein gigantisches Bauprojekt in Nähe der Seifenfabrik und ein Immobilien-Clan, der sich schon einmal nicht an geltendes Baurecht gehalten hat. Die Causa um den Puchsteg lässt auf alle Fälle viele Fragen offen.

Zur Vorgeschichte: Aufgrund der Bauarbeiten rund um das Murkraftwerk wurde der alte Puchsteg abgerissen (Juni 2019) und die EStAG zum Bau eines neuen Stegs innerhalb eines Jahres verpflichtet. Die EStAG hielt Wort und errichtete den neuen Steg bereits im September 2019 rund 200 Meter weiter nördlich – mit einem Schönheitsfehler: Der Steg endete am Ost-Ufer – aufgrund der Mur-Schiffahrtspläne schließlich auch noch drei Meter über der Erde – auf dem Privatgrundstück der Kovac-Immobilien in unmittelbarer Nähe der Seifenfabrik. Warum?

Chefsache

Laut EStAG hatte es die Stadt verabsäumt, im Vorfeld das Einverständnis des Grundbesitzers einzuholen, um hier einen Geh- und Radweg zu errichten. Die Stadt schob wiederum das Versäumnis der EStAG zu. Schließlich erklärte Bürgermeister Nagl die Verhandlung doch zur Chefsache und nahm Verhandlungen mit der Kovac-Familie auf. Das Ergebnis des über ein Jahr dauernden Verhandlungspokers: Der Puchsteg wurde schließlich heuer im Juni eröffnet und die Stadt hat einen Sichtschutz für die Veranstaltungsgäste der Seifenfabrik errichtet.

Alles eitel Wonne? Nein, denn die Firma Kovac hat sich die Möglichkeit gesichert, den Vertrag nach fünf Jahren einseitig zu kündigen. In dieser Zeit wolle man sich anschauen, ob die erwartete hohe Zahl der Radfahrerinnen und Fußgänger sich mit den



Wäre der Puchsteg lediglich fünf Meter weiter im Süden errichtet worden, hätte er auf einem Grundstück der Stadt Graz geendet.

Eventplänen in der Seifenfabrik schlägt.

Bauprojekt auf fünf Hektar

Jetzt stellt sich die Frage, warum die Familie Kovac auf diesen ungewöhnlichen Passus so vehement bestanden hat? Die oben genannte Begründung scheint vorgeschoben zu sein, da durch den errichteten Sichtschutz und eine Umzäunung die Veranstaltungsgäste vor neugierigen Blicken der Passantinnen und Radfahrer ja gut abgeschirmt sind. Wozu benötigt die Kovac-Immobilien dann dieses Druckmittel gegen die Stadt?

Vielleicht ist die Antwort ein paar Meter westlich und östlich der Seifenfabrik zu finden. Auf der Internetseite eines Grazer Architekturbüros findet man ein gigantisches Bauprojekt, das den Namen „Timber in Town“ trägt. Geplant sind 750 Wohnungen, die auf rund fünf Hektar in unmittelbarer Nähe der Seifenfabrik errichtet werden sollen und so „Wohn-, Arbeits- und Lebensraum für rund 1.000 Menschen“ bieten. Projektträger: Kovac Immobilien.

Der Großteil der Wohnblöcke soll im Anschluss an die Siedlung in der Neuholdaugasse gebaut werden. Die Baubewilligung ist vorhanden und das Projekt könnte jederzeit realisiert werden.

Dafür ist also kein Druckmittel mehr vonnöten.

Ufer muss frei bleiben

Aber bei einem anderen Teil desselben Großprojektes scheint es sich zu speißen. Auf Plänen des Architekturbüros sind sechs spektakuläre Hochhäuser zu sehen (siehe Bild), die zwischen Seifenfabrik und Mur errichtet werden sollen – dort, wo früher der Geh- und Radweg war. Doch laut Flächenwidmungsplan dürfte an dieser Stelle nichts gebaut werden, da es sich um einen Uferfreihaltestreifen handelt.

Der Verdacht, dass man bei Kovac Baugesetze großzügig

selbst interpretiert, konnte bereits 2008 aufkommen: Damals wurde eine überdimensionale Auffahrtsrampe beim Kovac-Einkaufszentrum Shopping Nord gebaut, obwohl keine Baugenehmigung seitens der Stadt vorlag. Vielleicht will man diesmal schon vorab Sorge dafür tragen, dass bei „Timber in Town“ alle Baubewilligungen auch vorliegen werden.

Abschließend: Diese ganze Posse wäre gar nicht entstanden, wäre der neue Steg nur fünf Meter weiter südlich errichtet worden. Dann würde er nicht auf einem Privatgrundstück enden, sondern auf einem Grundstück der Stadt Graz.



Timber in Town : 750 Wohnungen für rund 1.000 Menschen sollen rund um die Seifenfabrik entstehen. Projektträger: Kovac Immobilien.

Wandern am Plabutsch

TEIL 2

Der Straßganger Buchkogel ist Teil des Plabutsch-Buchkogel-Zugs, der Graz im Westen begrenzt. Auch hier bieten sich viele Wandermöglichkeiten mit ÖV-Anbindung.

Wanderung Harter Straße-GH Orthacker-Rudolfswarte-St. Johann und Paul-GH Dorrer/Steinbergstraße

Dauer: ca. 1½ Stunden.

Von der Bushaltestelle Harter Straße (Linien 31 und 62) schreiten wir durch die Hermann-Aust-Gasse zum St. Martin-Steig, der zum Schloss St. Martin führt. Ab der Schlosskirche wandern wir bergan Richtung Gasthaus Orthacker, zuerst auf einer asphaltierten Straße. Den oberen Belüftungsturm des Plabutschtunnels lassen wir rechts liegen und durch den Wald gelangen wir zum Fahrweg „Am Buchkogel“. Entlang von kürzlich wieder kultivierten Weinhängen erreichen wir über das Gasthaus Orthacker die Rudolfswarte (656m), die nach der Renovierung wieder begehbar ist und einen schönen Blick auf den südlichen Teil von Graz ermöglicht. Nordwärts gelangen wir über den Buchkogelsteig nach St. Johann und Paul (562m), mit Spielplatz, Kirche, Aussichtsplattform und Gasthaus. Über den Kernstockweg, der von Straßgang bis Gösting führt und mit der Nummer 2 bezeichnet ist, steigen wir ab zum Gasthaus Dorrer an der Steinbergstraße. Von der dortigen Bushaltestelle kann man mit den Linien 710 und 711 wieder in die Stadt zurückfahren.

Obwohl sich auf der Wanderoute mehrere Gaststätten befinden, empfiehlt es sich, zumindest eine Wasserflasche mitzunehmen, auch eine Jause für zwischendurch kann nicht schaden.



den. Gutes Schuhwerk und etwas Kondition sind Voraussetzung für ein erfreuliches Wandererlebnis, und wie immer wollen wir auf die Wildtiere im Wald Rücksicht nehmen, Hunde an der Leine führen, unnötigen Lärm vermeiden und unseren Müll nicht im Wald entsorgen.

Wissenswertes zum Buchkogel

- Die **Rudolfswarte** in ihrer heutigen Form wurde 1879 vom Steirischen Gebirgsverein errichtet. Bereits 1840 war ein achteckiger Aussichtsturm, benannt nach dem Sohn von Kaiser Franz Joseph, erbaut worden.
- Das **Schloss St. Martin** wurde

1055 erstmals urkundlich erwähnt, gehörte sehr lange dem Stift Admont und befindet sich seit 1936 im Besitz des Landes Steiermark. Heute beherbergt das Schloss eine dreijährige Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft.

- Am Buchkogel leben Gämsen („Stadtgämsen“) und zahlreiche, teilweise gefährdete, Vogelarten.



Der weitläufige Laubmischwald leistet einen wichtigen Beitrag zur Lufthygiene in der Stadt Graz.

Öffnungszeiten der Gasthäuser

Gasthaus Orthacker:

Donnerstag bis Montag 9-21 Uhr

Gasthaus St. Johann und Paul:

Dienstag bis Sonntag 10-20 Uhr

Gasthaus Dorrer:

Freitag bis Dienstag 9-23 Uhr,
Mi- u. Do. Ruhetag

INFORMATION:

Die aktuellen Fahrpläne für Bus und Bim können Sie unter www.verbundlinie.at abrufen.

Auf der Homepage der Stadt Graz, www.graz.at, können Sie Wandertipps für Graz und Graz-Umgebung finden, die außerdem im Büchlein **Spaziergänge in Graz und Umgebung mit Bus, Bahn, Bim**. Von Günter und Luise Aufbauer, Kral-Verlag 2018, ausführlich beschrieben sind.

Über die Geschichte von Plabutsch und Buchkogel informiert das Buch **Der Plabutsch. Der höchste Berg von Graz** von Annemarie Reiter, Verlag für Sammler, 1994.

Corona-Krise: Wir brauchen den Zusammenhalt gegen das große Geld

Eine Betrachtung

In der Coronakrise haben die Werbesprüche von Banken und großen Konzernen wie Aufrufe einer fortschrittlichen Bewegung geklungen. Man hätte meinen können, dass die Gegensätze in der Gesellschaft verschwunden wären.

In Wirklichkeit hat sich der Gegensatz zwischen Arm und Reich verschärft. Wenn wir nicht gemeinsam für unsere Interessen eintreten, wird es zu einer gewaltigen Umverteilung von unten nach oben kommen.

„Mit.Einander die Krise meistern“. Das ist nicht die Forderung einer fortschrittlichen Partei in Coronazeiten. Das war der Werbespruch einer großen Bank in Österreich. Während der Coronakrise konnte man meinen, dass bei uns die Zeit der Gemeinsamkeiten und des sozialen Ausgleichs angebrochen wäre. Nach und nach kommt aber ans Tageslicht, wie die reale Spaltung unserer Gesellschaft aussieht. Und es wird offenbar, dass sich diese Spaltung vertieft. Wie zu Kriegszeiten weicht die anfängliche Illusion einer Volksgemeinschaft, bei der alle an einem Strang ziehen würden, der Ernüchterung.

Prekär Beschäftigte

Der Corona-Cluster beim Postverteilungszentrum in der Nähe von Wien hat aufgezeigt, unter welch unzumutbaren Bedingungen jene Beschäftigten arbeiten und leben müssen, die über Zeitverträge für den Paketdienst der Post tätig sind. Während Firmen wie Amazon und auch die Post wegen der Bedingungen in der ersten Phase der Coronakrise ihren Umsatz und ihren Profit deutlich steigern konnten, hat man auf die Lage dieser Menschen keine Rücksicht genommen. Kein Wunder, dass es in beengten Ver-

hältnissen auch zu Ansteckungen gekommen ist.

Genauso war es bei den Fleischereibetrieben, wo spektakuläre Fälle in Deutschland und auch in Niederösterreich bewiesen haben, dass der Konkurrenzkampf um das billigste Schnitzel mit einer brutalen Ausbeutung der Beschäftigten einhergeht. Sie müssen in unzumutbaren Unterkünften leben, bei einem Ausbruch der Virusinfektionen werden sie und nicht die Unternehmer an den Pranger gestellt.

Das fremde Virus

Die Tatsache, dass die meisten von ihnen aus osteuropäischen Ländern kommen oder Migranten sind, führt dazu, dass die Krankheit als etwas Fremdes dargestellt wird. Das gilt auch für Erntehelfer und Pflegekräfte. Der Schutz vor Ansteckung verbindet sich mit der Angst vor den Ausländern.

Dabei übersieht man zwei Dinge: Wer ist für die Bedingungen verantwortlich, unter denen diese Menschen arbeiten müssen? Das sind in der Regel österreichische Unternehmer.

Und man übersieht, dass beispielsweise zwei Corona-Cluster in Salzburg und in Villach auf Promi-Parties zurückzuführen waren, bei denen sich Politiker, Ärzte, hohe Landesbeamte und Juristen angesteckt haben. Corona hat kein nationales Mascherl.

Wer wird gestärkt?

Corona macht unsere Gesellschaft nicht einiger, die Entwicklung zeigt immer deutlicher auf, wo bei uns oben und unten ist. Die großen Handelskonzerne haben in diesen Krisenzeiten ein gutes Geschäft gemacht. Trotzdem weigern sie sich, die ursprünglich von der KPÖ aufgestellte und von der Gewerkschaft übernommene Forderung nach bezahlten Pausen für Beschäftigte, die Schutzmasken tragen müssen, zu erfüllen.

Und so geht es in vielen Bereichen zu. Wir haben Rekordzahlen an Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Gleichzeitig steigen die Aktienkurse weltweit und auch in Österreich wieder. Das ist kein Widerspruch, sondern passt zusammen. Die Krise ist nämlich für Konzerne und Unternehmer ein guter Vorwand, um lang

geplante Maßnahmen umzusetzen, die große Belastungen für die arbeitenden Menschen bringen. Dabei nimmt man den Zusammenbruch kleiner Betriebe und auch von Konkurrenten auf dem Markt als gegeben an. Die Beispiele Swarovski, Voest-Alpine, RHI-Magnesita oder ATB Spielberg zeigen das deutlich. Zu Beginn der Krise hat es Nationalbank-Gouverneur Holzmann (FPÖ) ausgesprochen. In einem Interview sagte er wörtlich: „Jede Wirtschaftskrise ist auch eine Reinigung. Sie kennen sicher Joseph Schumpeter und seine Theorie der schöpferischen Zerstörung. (...) Man kann eine Krise auch dazu nutzen, gestärkt daraus hervorzugehen.“ (Standard, 18.3.2020).

Genau das haben die Mächtigen vor. Die Regierung soll die sozialen Folgen eines massiven Arbeitsplatzabbaus abfedern. Man hat aber vor allem ein Ziel: Die Rendite muss so hoch bleiben, dass die Anleger zufrieden sind.

Dass Banken in diesen Zeiten auf ihren Plakaten und Werbespots wie die Verkünder einer Volksgemeinschaft oder wie soziale Wohltäter auftreten, ist dabei nur mehr eine bittere Ironie.

Wenn wir – die Mehrheit der Bevölkerung – wirklich miteinander die Krise meistern wollen, dann brauchen wir den Zusammenhalt der arbeitenden Menschen gegen die oben geschilderten Pläne. Wir wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb müssen wir Macht und Einfluss des großen Geldes zurückdrängen. Dafür müssen wir gemeinsam handeln, am besten mit Unterstützung der Gewerkschaft. Die KPÖ ist dazu bereit.

Franz Stephan Parteder



Protest in der Steiermark gab es bei der ATB Spielberg gegen den Kahlschlag bei heimischen Arbeitsplätzen.

Corona-Impfstoff: So ungesund ist der freie Markt

Mehrmals pro Woche landen Erfolgsmeldungen in den Medien, die suggerieren, es gäbe bereits einen wirksamen und zugleich sicheren Impfstoff gegen COVID-19. Dieser müsse nun nur noch in Massen produziert und an alle Menschen verteilt werden. Sehr gut! Damit ist die Menschheit dieses Problem also bald los – oder etwa doch nicht?

Ganz so einfach ist es leider nicht, denn man muss wissen, dass innerhalb der Pharmaindustrie derzeit so etwas wie ein COVID-Bürgerkrieg herrscht. Anstatt globaler Zusammenarbeit und Vernetzung kochen hunderte Forscherteams ihr eigenes Süppchen nach dem Geheimrezept.

Türöffner im Kampf um Forschungsgelder

In diesem Wettlauf geht es nicht nur darum, welches Unternehmen zuerst den dringend benötigten Impfstoff auf den Markt bringen wird und damit Dank des Patentrechts seine Profite für die nächsten beiden Jahrzehnte sichern kann. Es geht vorher schon darum, möglichst viele Spenden- und Fördergelder für die Forschung zu lukrieren. Das gelingt leichter, wenn bereits erste Erfolgsmeldungen durch die Medien geistern und einzelne Wissenschaftler durch möglichst viele Publikationen einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt haben. Das Wort „Corona“ ist zum Türöffner im Kampf um Forschungsgelder geworden. Kann kein handfester Forschungsdurchbruch vorgewiesen werden, müssen eben Indizien, Hoffnungen und Hypothesen für die Mainstreammedien genügen.

Wer wird geimpft?

Natürlich ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Menschheit früher oder später tatsächlich einen wirksamen und sicheren Impfstoff entwickeln wird oder

zumindest aber Medikamente, welche die Infektion selbst ausreichend bekämpfen, aber wie geht es dann weiter? Es ist absehbar, dass nur jene Menschen Zugang zur Impfung oder zum Medikament haben werden, die es sich finanziell leisten können. Neu ist das nicht. Schon jetzt nehmen wir hin, dass Gesundheit – auch in unserem Land – immer mehr zum Luxusgut wird. Wir nehmen hin, dass Pharmafirmen Millionen staatlicher Fördergelder für Forschungsprojekte bekommen, den Profit der so entwickelten Produkte für sich behalten und via Monopolstellung auch die oft horrenden Preise für neue Medikamente diktieren.

Zugang nur für Wenige

Ein Beispiel dafür ist das Medikament *Sovaldi* zur Heilung von Hepatitis C. Im Frühjahr 2016 kostete eine dreimonatige Sovaldi-Behandlung rund 45.000 Euro, während die tatsächlichen Produktionskosten dafür bei maximal 115 Euro lagen. Von weltweit rund 80 Millionen Menschen, die an Hepatitis C erkrankt sind, haben daher nur sehr wenige Zugang zum heilenden Medikament. Selbst in Österreich übernehmen die Gesundheitskassen nur bei jenen Patienten die Kosten, deren Krankheit bereits weit fortgeschritten ist.

Wer zahlt, schafft an

Entgegenwirken könnte dem beispielsweise eine staatlich vollfinanzierte Non-Profit-Forschung, am besten als globales Konzept mit internationaler Zusammenarbeit und Vernetzung: Alle zahlen für die Entwicklung, dafür profitieren auch wirklich alle von den daraus entstandenen Errungenschaften. Mit der Umsetzung eines solchen Modells – transparent, solidarisch und für jeden einsehbar – könnte auch an Heilmitteln geforscht werden, für die sich profitorientierte Pharmakonzerne aufgrund geringer Fallzahlen (und damit zu wenig Kunden) nicht interessieren.



Wer wird den Impfstoff bekommen?

Foto: vaccine pexels cc

EU-Kritik: Nicht für Kurz und nicht für Merkel



Die europäischen Eliten verbarrikadieren sich hinter Gittern und diktieren eine EU-Politik der Ausbeutung und Zerstörung.

Foto: pixabay

Die EU hat im Juli beschlossen, 750 Milliarden Euro unter dem Titel Coronahilfe an die Mitgliedstaaten zu verteilen. Diese Gelder sind allerdings an Bedingungen geknüpft, darauf weist Lisa Mittendrein von attac hin: „Die Geschichte zeigt, dass die Empfehlungen der EU-Kommission eine klar neoliberale Schlagseite haben. Zwischen 2011 und 2018 „empfahl“ sie Staaten 105-mal Pensionskürzungen und 50-mal Maßnahmen gegen Lohnsteigerungen. Ganze 63-mal forderte die Kommission Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitssystem. Die EU-Corona-Hilfen werden nun also an ein Instrument gebunden, das in der Vergangenheit die Gesundheitsversorgung in Europa gefährdet hat.“

Außerdem erhält der Europäische Verteidigungsfonds, die

zentrale Institution der Militarisierung der EU, nach dem Willen des Rates gleichzeitig weiterhin Milliarden von Euro. Darüber hinaus gibt es 20 Milliarden mehr für neue Waffensysteme und „Sicherheit“.

In den Medien konnte man nur von einem Match der guten Europäer gegen die bösen Anti-Europäer lesen. Lisa Mittendrein hat dazu eine klare Meinung: „Eine echte linke Position muss beides kritisieren: Das Auftreten von Kurz und Co. und die proeuropäische Inszenierung von Merkel und Macron. „Beide Seiten stehen für die zerstörerische EU-Politik des Standortwettbewerbs, der ausbeuterischen Handelspolitik und des tödlichen Grenzregimes.“ (...) Wir „müssen uns von der Idee lösen, alles „Proeuropäische“ wäre gut.“ Mosaikblog, 22. Juli 2020

5G-Alternative ausgebremst:

Breitbandmilliarde kommt in Grazer Privathaushalten nicht an

Man kennt es schon vom Corona-Hilfspaket: Der Staat verkündete in den Medien stolze Milliardenbeträge. Doch mit der Zeit merken immer mehrere Betroffene, dass bei ihnen kaum etwas davon ankommt.

Ähnliches offenbart sich auch beim Internet: Die Regierung hat einst stolz die Breitbandmilliarde angekündigt. Von der 2013 beschlossenen Breitbandmilliarde wurden laut Bericht im Standard bisher lediglich 151 Millionen Euro ausbezahlt.

Schnelles Internet in Graz?

Ein Grazer Bürger hat nachgefragt, wann denn endlich sein Internet das für die Arbeit von zuhause aus dringend benötigte Geschwindigkeits-Update bekommt. Die Antwort: gar nicht.

Eine Förderung im betroffenen Gebiet hätte es auch 2020 zwar gegeben, abgerufen hat sie jedoch niemand. Die Breitband-

strategie 2020 kann man nun offiziell als gescheitert betrachten.

Die Situation in Graz ist exemplarisch, denn während sich der Staat und die Internetbetreiber in ihren Werbebotschaften suhlen, ist Österreich beim Glasfaserausbau in Europa mittlerweile Schlusslicht, hinter Ländern wie Nordmazedonien und Weißrussland.

Der Hintergrund: Glasfaserausbau ist die bessere Alternative zu 5G. Es geht nicht um die Angst vor Elektrosmog, selbst unter Informatik-Experten ist unbestritten, dass es den Ausbau des Glasfasernetzes für die Haushalte braucht, um in Zukunft für den steigenden Datenverkehr gerüstet zu sein. Kabelgebundenes Internet wie Glasfaser bietet nämlich verlässliche Geschwindigkeiten, während mobiles Internet wie 5G wetterabhängig ist, und eine Funkzelle mit anderen mobilen Benutzern geteilt werden muss.

Österreich hat die Förderungen für 5G und Glasfaser unter dem Dachbegriff „Breitband“ zu-



Mit dem 5G-Netz kommen noch mehr Sendemasten.

Foto: pixabay

sammengefasst. Internetprovider wie A1 und Magenta interessieren sich hauptsächlich für den 5G-Ausbau, während im Boden meist noch die ca. 50 Jahre alten Telefonleitungen das Internet zum Privathaushalt bringen. Da diese Leitungen oft nicht einmal die Geschwindigkeit der günstigen Internet-Tarife erreichen, koppeln die Anbieter ihre Internetprodukte mittlerweile mit dem Mobilfunk und verschleiern dem

Kunden, mit welcher Technik er sein Internet geliefert bekommt.

Mit dieser Sachlage beschäftigte nun auch den Grazer Gemeinderat, wo es zu Anfragen zum Ausbau der Kabelinfrastruktur kam. Das Ergebnis war wenig zufriedenstellend, man versucht, 5G als Universallösung anzupreisen. Da stellt sich die Frage: Wenn Österreich Schlusslicht in Europa ist, kann es nicht vielleicht doch auf einem Irrweg sein?

Smart Meter: Änderung der Einstellungen

Im letzten Stadtblatt haben wir einen Beitrag zum Thema Smart-Meter-Einbau gebracht. Eine Frage, die auf viel Interesse gestoßen ist. Hier weitere Infos zum Thema.

Wer schon einen Smart Meter eingebaut bekommen hat, kann die Einstellungen nachträglich von „IMS“ (=Standardzählung) auf „DSZ“ (=digitaler Stromzähler mit nur einmal jährlicher Ablesung des Stromverbrauchs) ändern lassen – ohne schriftliche Anforderung. Das sog. „upgrade“ auf die Einstellung „IME“ (=15-Min.-Messung der Verbrauchsdaten) ist nur mit schriftlicher Anforderung möglich. Dies hängt vom jeweiligen

Stromanbieter ab. In der Praxis wird das so ausschauen, dass man mit Vertragsunterzeichnung über einen neuen Tarif, der IME verlangt, auch gleich die Umstellung des Zählers mitunterzeichnen wird.

Am Zähler muss ersichtlich sein, welche Einstellung (DSZ, IMS oder IME) gewählt wurde, allerdings kann man als Konsumentin nicht überprüfen, welche Daten tatsächlich erhoben werden. Es fragt sich allerdings: Wenn eine Änderung der Einstellungen aus der Ferne so leicht möglich ist, wie soll man als Konsument sicher sein, dass man es im Zweifelsfall selbst in der Hand hat, das Auslesen bestimmter Daten aus dem eigenen Haushalt zu unterbinden?

Energie Graz und Solar Graz: Stromkunden bekommen Gutschrift

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat im Herbst 2019 eine Preisanpassungsklausel, die einige Stromanbieter verwendet haben, für unzulässig erklärt. Eine Gutschrift muss aktiv angefordert werden.

Betroffen sind Kunden der Energie Graz mit dem Tarif „GRAZ STROM KLASSIK“ und Kunden von Solar Graz mit dem Tarif „NATURSTROM“ im Zeitraum vom 1. Jänner 2019 bis 31. August 2020.

Der Verein für Konsumentinformation (VKI) hat sich mit Energie Graz und Solar Graz darauf geeinigt, dass alle von

der gesetzeswidrigen Preiserhöhung betroffenen Kunden eine Gutschrift erhalten. Die Höhe der Gutschrift ergibt sich aus der Preisdifferenz zwischen dem Energiepreis 2018 und 2019 und dem individuellen Verbrauch.

Entsprechende Informationen werden Ende August 2020 von der Energie Graz und Solar Graz an ihre Kunden versandt. Die Überweisung der Gutschrift muss aktiv angefordert werden. Dabei hilft Ihnen der VKI mit einer kostenlosen Anmeldung bis spätestens 31.10.2020 unter: <https://verbraucherrecht.at/energie-graz>

Ebenso können ehemalige betroffene Kunden über die Anmeldung beim VKI ihre Refundierung anfordern.

GRAZER TRADITIONSBETRIEBE: LEDER SCHUSTER

Alles Leder

Eine Familie mit dem Namen Schuster, die sich ursprünglich dem Schuhhandwerk gewidmet hat – das klingt fast zu punktgenau, um wahr zu sein: Im Fall von „Leder Schuster“ trifft es aber zu.

Als Wilhelm Gibiser, ein Onkel des Vaters von Heinz Schuster, dem heutigen Firmeninhaber, 1898 ein Lederhaus in der Neutorgasse 6-8 gründete, war das händische Herstellen von Schuhen ein weitverbreitetes Gewerbe.

„Heute kaufen die Menschen Schuhe um 30 Euro, mit denen sie dann ein halbes Jahr lang gehen“, erklärt Heinz Schuster. „Eine qualitative Schuhreparatur hingegen kostet, der Schuhmacher muss ja auch die Arbeitszeit rechnen“ – und das wollen sich viele nicht leisten.

So hat sich der Firmen-

Schwerpunkt im Lauf der Jahrzehnte verlagert: Leder (Rind, Ziege, Schaf, Schwein etc.) für Kleidungsstücke, Möbel, Polster, Schuhe, Sättel, Taschen, Basteln, Trommeln...

Zubehör für Leder- und Textilartikel: Schnallen, Druckknöpfe, Ringe, Ösen, Nieten, Reißverschlüsse, Artikel zu Schuhbedarf und -pflege.

Lederreste

Ein riesiges Lager an Lederresten, die nach Gewicht verkauft werden: Die vollen Regale in der Schmidgasse 19, wo die Firma seit 1965 ihren ausschließlichen Sitz hat, sprechen eine beredte Sprache.

Besonderes Augenmerk legt Herr Schuster auch auf Qualitätsgürtel, teilweise selbstgefertigt, und die dazugehörigen Gürtel- und Westerschnallen. Hübsche Walkpantoffel und Fellpatschen locken das Auge des Kunden.

Service, Pflege und Reparatur sind „für ein Fachgeschäft unerlässlich.“ Die alten Holzregale mit

ihren zahllosen Fächern und Kästchen haben viel Charme und stammen noch aus der Zeit in der Neutorgasse.

Zusätzlich zum Verkauf an Privatkunden beliefert Leder Schuster Schuhmacher und Orthopäden in Graz.

Helmut Teissl, einer von drei Mitarbeitern und seit 37 Jahren im Geschäft, erinnert sich an Zeiten, als er im Außendienst noch bis Vorarlberg und Tirol geliefert hat.

Seit 1995 gibt es neben dem Ledergeschäft zusätzlich eine Boutique mit diversen Taschen, Gürteln und Regenschirmen.

Leder-Fachgeschäft

Heinz Schuster, Jahrgang 1955, war „von klein auf“ im Geschäft, sein Berufsweg war gewissermaßen vorgegeben. Er hat die HAK-Matura absolviert, 1975 einen ganz kurzen Abstecher in ein humanistisches Studium



Alte Illustration, Lederhaus Schuster, Neutorgasse 6-8. Das Gebäude fiel 1965 dem Bau der Hauptbrücke zum Opfer.

gewagt, und die Firma schließlich 1994 von Vater Hermann übernommen, der 90-jährig verstorben war. An der Gelassenheit, mit der er unsere drängenden Fragen beantwortet, erkennt man den erfahrenen Geschäftsmann, der sich nach Jahrzehnten Berufslebens nicht so leicht aus der Fassung bringen lässt.

Die beiden Töchter haben beruflich „andere Interessen“, und werden das Geschäft wohl nicht übernehmen.

Herr Schuster ist mit der Lage seines Geschäftslokals in der Grazer Altstadt recht zufrieden. Er ist Mieter der Stadt Graz, die ihm im März und April die Miete erlassen hat, wegen der Corona-Krise: „Das hat sehr geholfen“.

Die Firma Schuster ist eines der letzten Lederfachgeschäfte Österreichs, und behauptet sich in einer stark veränderten Geschäftswelt – durch reichhaltiges Angebot, den Reiz und die Patina des Altmodischen und durch ausgeprägtes Fachwissen.



Leder Schuster

Schmidgasse 19, 8010 Graz
Tel.: 0316/829201
www.lederschuster.at

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9-12.30, 14.30-18.00 Uhr
Sa 9-13 Uhr
Die Boutique hat durchgehend geöffnet.



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Balou ist ein 5-jähriger, kastr. Rüde, der brav und umgänglich ist, aber auch schon mal recht stark an der Leine zieht. Er sucht einen liebevollen Platz mit Garten.



Paco: Der ca. 2 Jahre alte, freundliche Paco ist ein Staffordshire-Terrier Mischling aus schlechter Haltung. Er braucht noch etwas Erziehung in einer Familie, die sich mit der Rasse auskennt.



Zoey: Die ca. 4-jährige Zoey ist eine Shar-Pei-Mischlingshündin, die erfahrene Hände benötigt, dann aber mit einem durch Dick und Dünn geht. Wer hat einen Einzelplatz für sie?



Hippo: Der kleinwüchsige Mischling Hippo ist ein lustiger, verspielter Rüde, der allerdings einen Platz ohne kleine Kinder sucht.



Kater Franco: Der 6 Monate alte, kastr. Kater Franco ist noch sehr schüchtern, sucht also verständnisvolle neue Besitzer.



Moritz ist ca. 9 Jahre alt und kastriert. Er ist freundlich und sucht einen gemütlichen Platz mit Freigang.



Afra ist eine ca. 5 Monate alte Rattendame, die auf der Suche nach einem Platz in einer Gruppe ist.



Meerschweinchen Cleo: Cleo ist ein Meerschweinchenbock, der so bald wie möglich zu Artgenossen in ein geräumiges neues Zuhause umziehen möchte!

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

1. Was soll in der Steiermark ab 2021 die Mindestsicherung ablösen? (S. 2)
2. Gegen welche Praktik der Vergabe von Spitzenposten spricht sich die KPÖ seit Jahren aus? (S. 3)
3. Versiegelte Böden verstärken bei starken Regenfällen die ... (S. 4)
4. Wie heißt das Pilotprojekt bei dem Pakete verschiedener Zustelldienste in ein Schließfachsystem zusammengeführt werden? (S. 7)
5. Was füllt Lücken im Öffentlichen Verkehrsnetz? (S. 8)
6. Was muss abgeschafft werden, damit sich ältere Menschen die mobile Pflege in den eigenen vier Wänden leisten können? (S. 10-11)
7. Nach 65 Ehejahren feiert man die ...
8. Menschen, die gerne arbeiten würden, aber nicht beim AMS gemeldet sind, nennt man ... (S. 17)
9. Seit Juni kann welche Brücke genutzt werden? (S. 20)
10. Das Schloss St. Martin befindet sich am ...? (S. 21)
11. Welche langfristig sinnvolle Alternative gibt es zum 5G-Netz? (S. 24)
12. Nachname der Widerstandskämpferin die heuer 100 Jahre alt wäre. Maria ... (S. 28)



Senden Sie die Lösung **unter Angabe Ihrer Adresse** an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Schach-Training

Der **SC Extraherb WS** bietet offene **Vereinsabende für Schachinteressierte**: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger** Anmeldung unter Tel. **0699 100 435 28**.

KLEINANZEIGEN

Gartenliebhaber aus dem Raum Graz oder Graz-Umgebung für Gartenarbeiten gesucht. Tel. 0316/28 38 57.

Suche **Arbeit als Reinigungskraft** in Gewerbe bzw. Büroräumlichkeiten. 25 bis 30 Stunden. Kontakt: Frau Elfriede Z., Tel. 0660/77 63 781.

54-jähriger naturverbundener Handwerker sucht Frau zum **Verlieben**, gerne auch mit Kind! Es wäre schön wieder etwas gemeinsam zu unternehmen. Melde dich doch bei mir: 0664/890 2801.

LGBTIQ+

offener Stammtisch
jeden ersten
Dienstag im Monat
18.30
in der
Pizzeria
Contra Punto
Kosakengasse 9
8020 Graz

Infos:  

Red:Out!

Wer sind wir?
Wir. Red:Out!, sind die Queer-Gruppe der KPÖ Steiermark und wir wollen die Sichtbarkeit von linken LGBTIQ+ Personen erhöhen.

Wir sind für die Gleichstellung von LGBTIQ+ Menschen auf allen Ebenen.
<https://wicasa-winu-akademie.coachy.net/lp/red-out-kpoe-steiermark>
facebook.com/QueerGruppe/
instagram.com/redoutsteiermark/

**GRAZER
Stadtblatt**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Corona – RisikopatientInnen werden alleingelassen

Ich habe in einem Seniorenwohnheim als Dipl. Seniorenanimatorin gearbeitet und war, da ich zur Risikogruppe gehöre, freigestellt. Im Laufe dieser Freistellung wurde mir gekündigt. Die AK hat mir angeboten, diese Kündigung, die rechtswidrig war, anzufechten. Da ich aber zu diesem Zeitpunkt eine Herzuntersuchung hatte, wollte ich mir das nicht antun.

Man wird, - offiziell ist man ja als Risikopatient freigestellt - von der Firma gekündigt, obwohl man

in diesem Zeitraum einen Kündigungsschutz hat. Ich glaube, dass viele diesen Schutz aus Angst vor negativen Konsequenzen gar nicht erst in Anspruch nehmen. Die Frage ist auch, was passiert, wenn der Kündigungsschutz ausläuft? Ich glaube, dass meine Firma mir danach trotzdem gekündigt hätte.

Mir geht es um den menschlichen Umgang mit Personen, die aufgrund von Krankheiten, für die sie nichts können, durch Corona unverschuldet in so eine Situation geraten.

Ich habe ein Stellenangebot in

einer Kinderkrippe ab September. Ich hatte auch ein Gespräch mit einer Beraterin vom AMS, ob es Alternativen geben würde. Sie meinte, nein.

Daher sind meine Möglichkeiten sehr begrenzt. Entweder ich beginne zu arbeiten mit der Angst, aufgrund meiner Erkrankungen schwer an Covid19 zu erkranken. Oder ich bleibe arbeitslos mit einem Betrag von ca. 850 Euro. Mit diesem Betrag kann ich aber meine Fixkosten nicht begleichen, d.h. ich würde meine Wohnung verlieren und könnte meine Therapienkosten nicht bezahlen.

Name der Redaktion bekannt

Wildblumenaktion

Danke für die schönen Blumen und Kräuterkisterl – sie blühen und gedeihen. Lucia Müller

Weiter so

Das Stadtblatt gefällt mir, da es wirklich interessante Themen enthält und vielseitig berichtet. Danke für die vielen Tipps, seien es Lesungen, Veranstaltungen, Wandertipps etc.
Bitte weiter so! Herta Krutzler

Bodenversiegelung in Graz

Die Beiträge von Andrea Rieger und der Kommentar von Robert Preis in der Kleinen Zeitung vom 8. August bringen die Problematik auf den Punkt. Die Stadtregierung negiert das Thema konsequent. Fakt ist, unabhängig von Zahlen, dass die Maximen der Stadtplanung „Verdichtung der Bauflächen und Maximierung der Einwohnerzahlen“ ins Abseits führen. Es entstehen vermehrt Hotspots (Benebelungsanlagen wie am Tummelplatz sind ja wohl nicht die Lösung), die Seitentäler werden dicht verbaut (siehe Stiftingtal), sodass große Regenmengen nicht mehr abgeführt werden können, die Schaffung von Grünraumflächen (wie groß sind die?) ersetzen nicht die vielen zerstörten „Kleingrünflächen“. Der Herr Bürgermeister wäre gut beraten, nicht nur bei Spatenstichen zu glänzen, sondern mit offenen Augen die vielen zu „verdichteten Flächen“ vor Baubeginn zu besichtigen.

Wolfgang Bauer

16 INFO 2/2020 Tischfußball Cheerleading

Tischfußball-Kurs

Hunting Igels powered by DSG

Wolfgang Breuer, ☎ 0676/96 16 007

Beginn: 21. September



Für Jung bis Alt, Anfänger bis Fortgeschritten, lerne Tischfußball als intelligente und schnelle Sportart kennen die Jeder machen kann!

Egal ob du in der Schule, bei der Arbeit oder beim Fortgehen deine Freunde im Wuzzeln schlagen willst, hier bist du genau richtig.

Trainer: Wolfgang Breuer (2facher Staatsmeister)
Wann: montags, 17.20-18.20 Uhr, Beginn 21. September
Wo: Raiffeisen Sport Park
Kosten: € 100.- pro Semester (ca. € 5.-/Training) € 50.- pro Semester (Geschwisterrabatt)

Die erste Teilnahme ist gratis (schnuppern) man kann jederzeit auch unter dem Semester einsteigen. Der Kurs findet ab 3 Teilnehmer*innen statt. Alter 8-99 Jahre

Foto: Martin Guggenbichler

Alte Firmen-Aufschriften, Teil 7



„Strickliesl“, Annenstraße 56, Geschäft bis April 2019



Das „Diät- und Reformhaus“, Radetzkystraße 4 aus der letzten Stadtblatt-Ausgabe wurde in den 80er-Jahren als Filiale des Reformhauses Brantner (aktuell in der Gleisdorfer Gasse 10) geführt. Später hat Frau Renate Herzog das Geschäft übernommen (bis 2012). Wir bedanken uns für die Hinweise.

Maria Cäsar wäre 100



Maria Cäsar (1920–2017) ist nie den einfachen Weg gegangen. Sie war im Widerstand gegen den Faschismus aktiv. Sie trat unter Lebensgefahr gegen Diktatur, Krieg und mörderischen Rassismus ein. Zur Erinnerung an ihr Wirken trägt der Saal im Volkshaus Graz den Namen „Maria-Cäsar-Saal“.

Dort wollen wir an Maria erinnern. Gezeigt werden Ausschnitte aus einem Film von Miriam Raggam und Barbara Wilding, Iris Stern singt antifaschistische Lieder sind und dazu wird es Redebeiträge von Claudia Klimt-Weithaler sowie des KZ-Verbandes Steiermark geben.

Freitag, 18. September, 19 Uhr
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Bitte um Voranmeldung unter: bildungsverein@kpoe-steiermark.at
– die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Volkshaus-Flohmarkt



Immer größerer Beliebtheit erfreut sich Flohmarkt beim Volkshaus Graz. Bereits zum vierten Mal wird er am 10. Oktober stattfinden. Von 10 bis 15 Uhr kann man bei Kaffee und Kuchen durch Gebrauchtes und Spezielles schmökern, auf die Jagd nach

Raritäten und Schnäppchen gehen oder einfach miteinander plaudern. Elke Kahr und das Team der KPÖ Graz freuen sich auf Ihr Kommen.

Standanmeldungen bitte unter 0316-71 24 79

Samstag, 10. Oktober, 10–15 Uhr
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Bei Schlechtwetter wird der Flohmarkt abgesagt.

EINE REISE IN DIE WELT DES BLUES



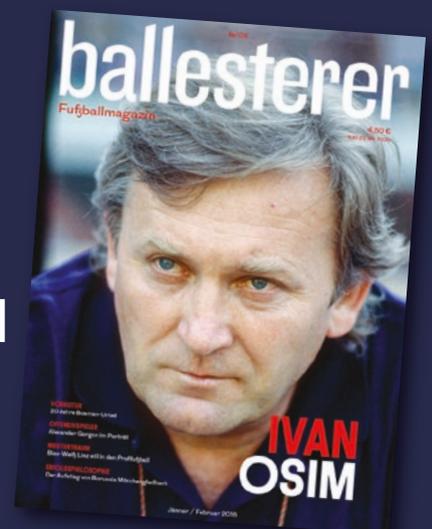
Der Blues-Musiker **Christian Masser** stellt ausgewählte Literatur vor und präsentiert Hörbeispiele.

Am Dienstag, den 22. September, um 19 Uhr
im KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Bitte um Voranmeldung unter: bildungsverein@kpoe-steiermark.at
– die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

ANZEIGE

**MANCHE
WOLLEN
IHM
EINE
STRASSE
WIDMEN,
WIR
WIDMETEN
IHM EIN
HEFT.**



Jetzt ballesterer lesen.
shop.ballesterer.at